

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Registrierungs-Nr.: 20.100
Gesamt-Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Stollze Riesa Nr. 22

Nr. 249.

Donnerstag, 23. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Besetzen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Nachschlag, Feste Tarife. Fernwärtiger Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Liedchen an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Der Wahlkampf beginnt.

Die erste Wahlkampfrede.

Graf Westarp zur Lage.

Berlin. In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach am Dienstagabend der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Westarp. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit außenpolitischen Fragen und zählte die Gründe auf, die für die Deutschnationalen maßgebend waren, den Eintritt in die Regierung zu erstreben. Er erklärte, daß an der Erfüllung der Wutachtensgehe keine Regierung vorübergehen könne, auch wenn Deutschnationale darin seien. Es werde aber darauf ankommen, wer die deutsche Regierung bei der Handhabung der Geschäfte zu vertreten habe. Man wird alles daransetzen müssen, die Gehege für Deutschland erträglich zu machen. Darum war das Ziel der Deutschnationalen: Hinein in die Regierung, teilhaben an der Verbesserung dieses Gesellschaftsproblems. Die amtliche Notifizierung der Kriegsschuldenerklärung sei den Deutschnationalen zugehandelt worden. Sie werde in der Regierung wie in der Opposition mit gleicher Entschiedenheit darauf drängen, daß hier endlich das Notwendige geschehe. Der Eintritt in den Völkerbund wird von den Deutschnationalen nicht erstrebt. Es mag sein, daß gewisse Vorteile in der Tagespolitik durch den Eintritt in den Völkerbund zu erzielen wären, aber die in Artikel 10 des Völkerbundes vorgesehene Garantie der Gebiete der Reichsgesamtheit sei für Deutschland noch nicht annehmbar. Das deutsche Memorandum knüpfte an den Eintritt in den Völkerbund die Bedingung, daß Deutschland an den Exekutivmaßnahmen des Völkerbundes nicht beteiligt werden darf. An dieser Forderung muß unbedingt festgehalten werden. Unmöglich ist auch die Verbeibehaltung der Militärkontrolle. Solange noch ein Franzose in den widerrechtlich besetzten Gebieten ist, kann Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht erfolgen. Redner erklärte dann weiter: Die Deutschnationale Volkspartei kann nur in eine Regierung einreten, wenn ihr Einfluß eingeräumt wird, der es ermöglicht, auch die Verantwortung für die deutsche Regierung mit zu übernehmen. Wir können und werden in einer Koalitionsregierung deutschnationale Politik treiben. Wir wissen aber sehr wohl, daß wir nicht mit allen anderen Zielen durchkommen. Wir werden und in Einzelheiten einigen müssen. An die vom Reichskanzler Marx gewünschte Volksgemeinschaft mit Einschluß der Sozialdemokratie hat kein Reich ernsthaft gedacht. Notwendig ist eine Bestimmungsgemeinschaft, eine Zusammenfassung aller nationalen, sozialen und völkischen Kräfte. Die Richtlinien des Reichskanzlers waren nicht geeignet, eine ernsthafte Grundlage für ein Zusammengehen von Deutschnationalen und Sozialdemokraten zu geben. Nur ohne und gegen die Sozialdemokratie kann in Deutschland regiert werden. Es ist falsch, wenn man sagt, wir hätten die Richtlinien des Kanzlers vorbehaltlos angenommen.

Wir haben uns insbesondere mit dem Satz über den Eintritt in den Völkerbund nicht einverstanden erklärt. Auch die übrigen Punkte der Richtlinien haben wir nur als Verhandlungsgrundlagen angenommen. Eine falsche Auffassung ist es auch, wenn behauptet wird, die Deutschnationalen seien umgelaufen und bereit, die Außenpolitik in der bisherigen Form unverändert fortzuführen. In den Richtlinien ist diese Forderung auch nicht aufgestellt, da wir uns nie darauf eingelassen hätten. Die Richtlinien enthalten nur die Feststellung, daß die Londoner Abmachungen durchgeführt und bestimmend für die Außenpolitik sein müssen. Unsere Kritik an den Londoner Abmachungen halten wir voll aufrecht. Von all den Verhandlungen der letzten Wochen muß festgestellt werden, daß die Deutschnationale Volkspartei fest gewiesen ist und fest zu ihrem Wort gehalten hat. Von Interesse sind die Vorgänge beim Zentrum. Es ist unumwunden geblieben, daß Wirth gedroht hat, bei einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen eine eigene krisislich-demokratische Partei zu gründen. Wir haben uns in den Verhandlungen nicht festgelegt, da wir doch keine sichere Grundlage hatten. Immer wieder wird unser Eintritt von den Demokraten abhängig gemacht. Gewiß wäre die Mehrheit einer Regierung ohne Demokraten schwach gewesen, aber man hätte die parlamentarischen Schwierigkeiten auf sich nehmen müssen. Vom Parteistandpunkt ist die Reichstagsauflösung nicht zu bedauern. Sie hat gewirkt wie eine Erlösung aus dem Sumpf der jammervollen Verhandlungen der letzten Tage. Eine der ersten Forderungen, deren Erfüllung von der Deutschnationalen Volkspartei angestrebt wird, ist die Schaffung eines Schlichtungsorgans. Bei der Wahl am 7. Dezember geht es um rechts oder links.

Am 4. Mal ist die Entscheidung nicht gefallen. Erfreulich ist, daß auch der Landtag aufgelöst wird. Eine weitere Parole der Deutschnationalen ist die Erzwingung der Reichspräsidentenwahlen. Daneben fordern wir: Fort mit der sozialdemokratischen Interessenswirtschaft in Preußen.

Der Wahlaufzug der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

* Berlin. Der Wahldienst der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Worum geht es bei dieser Wahl?

Es geht um die letzte Möglichkeit, dem deutschen Volke seine politische Freiheit und wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit wieder zu geben. Freiheit und Lebensbedarf! Beide wurden in den letzten Jahren hinweggenommen und zwar weil das Volk regiert worden ist, auf Grund internationaler und sozialdemokratischer Whantaktereien. Die große Gläubigkeit und Lebenssehnsucht des deutschen Volkes ist gemißbraucht worden. Keine der Nachkriegsregierungen hatte die Kraft, die verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern. Die internationale Abhängigkeit der Sozialdemokratie ist die Quelle allen Unglücks. Aus Deutschlands Leid, allen Demütigungen und Entbehrungen der letzten 5 Jahre gegen diese völkermörderische Entwicklung ist aus dem deutschen Volk die große vaterländische Bewegung entstanden, welche ihre hohen Ziele frei von parteipolitischen Interessen unter der uns allen seit Aufbruchung des Deutschen Reiches einigenden Flagge „Schwarz-weiß-rot“ gesteckt hat.

Gegen diese schwarz-weiß-rote Bewegung, die berufen ist, Deutschland aus seiner politischen und wirtschaftlichen Verflauung zu befreien, gründete die Sozialdemokratie mit unerhörten Finanzmitteln, deren Quellen unbekannt sind, die Reichsbannerorganisation Schwarz-Rot-Gold als Schutztruppe des Sozialismus und organisierte sie zielbewußt zum Bürgerkrieg. Wenn dieses Ziel erreicht, dann verendet Deutschland. Wer also den Bürgerkrieg verhindern und Deutschland wieder zur Gesundheit bringen will, der muß bei den Wahlen am 7. Dezember die schwarz-weiß-rote vaterländische Volksgemeinschaft zur Führung bringen. Gebt denjenigen Parteien Euer Stimm. Wir wollen Deutsche bleiben. Darum wollen wir statt des zerstörenden Klassenkampfes den aufbauenden Wirtschaftskrieg, der sich gründet auf die christliche Gewissenspflicht von Arbeitnehmer und Arbeitgeber und der allein Werte schafft. Wir wollen eine Volksgemeinschaft deutscher Brüderlichkeit, in der weder niedrig, reich noch arm gilt, sondern des Menschens eigener Wert und die Menschlichkeit. Wir wollen die soziale Überwindung des Klassenhasses durch Christentum, Nächstenliebe und Nächstenfürsorge. Wir wollen nicht die systematische Vergiftung der deutschen Jugend und des deutschen Geistes durch eine unendliche Literatur und Sprache. Darum wollen wir christliche Jugendberziehung und christliche Kultur als Grundlage des Staatslebens. Wir wollen in Parlament und Regierung politische Sauberkeit, Sachkenntnis und moralische Befinnung und Pflichtgefühl der Führer in den höchsten und niedrigsten Rängen. Wir wollen Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir wollen brüderlich mit Herz und Hand zusammenstehen: Ein Volk in Not.

Fritz Weisler, Graf von der Goltz, Dr. Göttsche.

Wiederherstellung des Blodes der Mitte.

BVD. Berlin, 23. Oktober. In den führenden Kreisen der bisherigen Regierungsparteien ist man gegenwärtig bestrebt, die Politik der Mitte auch über die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes hinweg zu erhalten, um die Stetigkeit des Regierungskurses in Deutschland zu gewährleisten. Besonders sind es die Mitglieder des Reichskabinetts, an erster Stelle Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann, die ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die durch das Scheitern der Regierungsumbildung entstandene Konfliktstimmung innerhalb der Regierungsparteien zu mildern und die großen politischen Gesichtspunkte der inneren und äußeren Festigung Deutschlands in den Vordergrund zu stellen. Während die wahlpolitische Einstellung der einzelnen Parteien augenblicklich alle Streitfragen der inneren und äußeren Politik aufrollt, wird, wie wir hören, die Reichsregierung im Gegenstand des Wahlkampfes offiziell hervortreten, um die Notwendigkeit einer verantwortungsbewußten Außenpolitik zu betonen. Inzwischen wird die Regierung gezwungen sein, neue außenpolitische Aktionen zu unternehmen, damit das Kernproblem der gegenwärtigen Regierungspolitik, die frühere militärische Räumung des Ruhrgebietes, nicht vernachlässigt wird. Gerade im gegenwärtigen Augenblick sieht es die Regierung als ihre dringende Pflicht an, den

Beweis dafür zu erbringen, daß der Weg, den die deutsche Regierung auf der Londoner Konferenz eingeschlagen hat, der einzig richtige war. Um vor dem Volke diese Tatsache in ihrer ganzen Tragweite zu demonstrieren, wird daher von deutscher Regierungsmasse in kürzester Frist eine diplomatische Aktion eingeleitet werden, die darauf hinauszielt, von der französischen Regierung nunmehr die bestimmte Befehle auf eine halbhohe und endgültige militärische Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes zu erreichen.

In den Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß eine erfolgreiche Fortführung dieser Politik nur möglich sein wird, wenn die Konstitution des Reichskabinetts sein wird. Eine Rechtsorientierung, die zu einer Wendung des bisherigen außenpolitischen Kurles führen würde, würde nach Auffassung der dem Reichskanzler Marx nahestehenden Kreise ebenso nachteilig sein wie etwa eine einseitige Verschlebung der Kräfteverhältnisse nach links, die die Gefahren neuer politischer Kämpfe in sich bergen würde. Aus all diesen Gründen erhofft die Reichsregierung in der Wiederherstellung des Blodes der Mitte ein dringendes Gebot der Stunde, das auch im Wahlkampf nicht außer Acht gelassen werden dürfte.

Wir glauben auf das Bestimmteste zu wissen, daß aus diesen Gründen heraus die Wiederannäherung zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten bereits in kürzester Frist erfolgen wird. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei besteht absolut das Bestreben, die bei den letzten Regierungsverhandlungen entstandene Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens zu reinigen und im Wahlkampf für die unbedingte Fortsetzung der Politik der Mitte aufzutreten. Die Deutsche Volkspartei will damit ihren unabweidlichen Charakter als Mittelpartei mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen. Im Zentrum liegen die Dinge ebenso. Wenn auch der linke Flügel der Partei sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Bürgerkriegspolitik wehren zu müssen glaubt, so besteht doch volle Uebereinstimmung darüber, daß das Zentrum eine andere Politik als die der Mitte nicht treiben kann, auch wenn das Ergebnis der Wahlen eine wesentliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Reichstage bringen sollte. Die Demokraten erklären, daß sie immer auf dem Standpunkt geblieben hätten, die Politik der Mitte als die einzig richtige und für Deutschland zweckmäßigste Richtung anzuerkennen, und daß sie nur aus diesen Gründen heraus einer Einseitigkeit der Deutschnationalen in die Reichsregierung ablehnend gegenüber gestanden hätten.

Ausland und Reichstagswahl.

Unsere liebe demokratische „Weltzeitung“ bringt schon wieder spaltenlange Traktate über die Auslandsmeinungen über die Reichstagsauflösung den deutschen Wählern vorgelegt werden. Natürlich kann man allerlei aus diesen Stimmen lernen, aber zu weit doch im Gegensatz zu ihnen und nicht, wie die Linkspresse es möchte, in Uebereinstimmung mit ihnen. Denn selbst die ausländischen Blätter, die ernsthaft die Verständigung und den Weltfrieden wollen, gehen immer von dem Standpunkt des eigenen Landes aus und können die deutschen Verhältnisse nicht beurteilen. Sonst würden sie nicht den Parteien den Sieg wünschen, die am wenigsten nationale Energie entwickeln, sondern denen, die unter strenger Wahrung des deutschen Standpunktes noch eine räuberische Außenpolitik mit dem Ziel des Ausgleiches der Gegensätze führen wollen. Eine ausgeglichene Außenpolitik würde ja sehr bald die Opposition der Rechten wieder so stärken, daß ein völliger Umsturz zu erwarten wäre. Nichts aber ist uns ebenso wie der Welt jetzt nötiger als Stetigkeit in der deutschen Politik.

Köstlich ist das Geständnis der „Action Francaise“, daß die bisher in Deutschland eingetretene Verbindung für Frankreich gefährlich sei; denn die deutsche politische und finanzielle Anarchie sei eine der besten Garantien für Frankreich gewesen. Das ist doch wenigstens ehrlich. Die Kommunisten, die sich als Franzosenfreunde auszuweisen lieben, erfahren daraus deutlich genug, in wessen Interesse sie arbeiten; aber auch die Rechtsradikalen, die am liebsten die ganze verfassungsmäßige Entwicklung sprengen möchten, können nun sehen, wenn diese am meisten im Auge liegt, den französischen Chauvinisten. — Aus der englischen Presse erfahren wir, daß auch die Diehards, die ganz rechts stehenden Industriellen, in Deutschland nicht ihre Meinungsgenossen, sondern die Linke in Front zu sehen wünschen. Weshalb — das könnte sich die demokratische Presse wohl allein sagen; und es wäre klüger von ihr, solche Äußerungen zu unterdrücken. Andere englische Stimmen lauten: Die Deutschen könnten nun die Antwort auf die französischen Wahlen und auf die Politik Herriots geben. Das wird wohl auch geschehen, nur daß man nicht an die Worte Herriots denken wird, sondern an seine tatsächliche Politik und an die Gegenkräfte, die in Frankreich noch so mächtig sind, daß sie jederzeit wieder die Oberhand gewinnen können. Die richtige deutsche Antwort auf London und Genf sowie auf die langsam eingeleitete Räumung des Ruhrgebietes kann angehts der vielen dabei noch offenen gebliebenen Fragen doch nur die sein: wir werden mit aller Vorsicht den eingeschlagenen Weg weiter geben. Wir haben jetzt keinen Anlaß zu radikalem Nationalismus, aber auch keinen zu vertrauenseligem Pazifismus. Ein klares, ruhiges Nationalgefühl muß die Wahlen und den neuen Reichstag bederrücken; das Ausland wird es zu begreifen und sich darauf einzurichten wissen.

Derfliges und Sühliges.

Miesla, den 23. Oktober 1924.

— * Miesla an der Elbe. Herausgegeben vom Rat der Stadt Miesla durch Studienrat Mag Heinrich. 31-34. 136 Seiten und Inseratenanhang. Deutscher Architektur- und Industrieverlag, Berlin-Gatow. Erhältlich im Mieslaer Buchhandel zum Preis von 2.50 Mark. — Die Schrift stellt eine ganz bedeutende Erscheinung auf dem Gebiete unserer heimischen Literatur dar. Sie ist hervorragend dazu geeignet, dem im Vorwort unseres Ersten Hergewerkmeyers Dr. Scheider zum Ausdruck gebrachten Wunsch Geltung zu verschaffen, unsere Heimatstadt Miesla als eine Stätte der Arbeit in Handel, Gewerbe und Industrie weiterhin im deutschen Vaterlande noch bekannter zu machen. In unserer heimischen Literatur fällt aber das Best eine längere als schmerzlich empfundene Lücke aus; es gibt erst- und zweitklassige in umfänglicher Weise ein Gesamtbild der geschichtlichen, wirtschaftlichen und baulichen Entwicklung unserer Heimatort. Aber auch landschaftliche Schönheiten, Dörfer und Natur kommen zu ihrem Recht. Als Mitarbeiter zeichnen zum Teil Männer, die bisher schon länger sich darum verdient machten, dem Gedanken der Heimat Geltung zu verschaffen. Ganz prächtig wurde das Buch mit vielen künstlerisch vollendeten Aufnahmen ausgestattet. Die Aufmachung des Werkes durch den rühmlichst bekannten „Darl-Verlag“ muß als musterhaft bezeichnet werden. Der Preis des Heftes, dessen Text und Bildschmuck auf feinstem Punktdruckpapier erscheint, ist außerordentlich niedrig gestellt. Weiteste Verbreitung brauchen wir dem Werk nicht erst zu wünschen, sie ist ihm durch seine Güte von vorn herein gesichert.

— * Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit. Die Handelskammer zu Dresden hat dem Maschinenbau, Herrn Hermann Badau aus Weida, für 27-jährige ununterbrochene, treue Tätigkeit bei der Firma C. U. Brandt das bronzene Ehrenzeichen verliehen.

— * Filmschau. „Frühlingsfluten.“ Nicht alte noch dem Roman von J. Turgenjew, bearbeitet von S. Kollatoff-Witowseff. Von morgen ab wird im Zentral-Theater Orscha der neue Charitonoff-Film „Frühlingsfluten“ der Deutlich zur Vorkführung gelangen. Dieser Film führt in die Welt der schwerwiegenden Melodien Turgenjews. Stanin lernt auf seiner Reise durch Deutschland die sanfte liebevolle Gemma kennen. Alles scheint dazu bestimmt, einem stillen Liebespaar den Weg zu ebnen: Da tritt eine andere Frau in sein Leben. Glühende Leidenschaftlichkeiten werden entfacht. Die dämonische Maria Nikolajewna zieht ihn ganz in ihren Bann. — Willenlos folgt er ihr, wohin sie will — fort von der Braut, fort aus Deutschland, nach Paris in ein Leben der Demütigungen und der Verweigerung. „Die fröhlichen Jahre, die glücklichen Jahre — wie Frühlingsfluten sind sie verwaudet.“ Das von Leidenschaft durchwühlte Leben des Russen wird in diesen spannenden 8 Akten unter der feinsinnigen Regie H. Malloffs in allen Feinheiten lebendig gemacht. Neben Diana Karonne, welche die gefährliche mondäne Frau verkörpert, tritt Via Gibenski als stille liebevolle Gemma.

— * Hinzuziehung der Kriminalpolizei bei Aufhebung von Leichen. Da Morde in derart raffinierter Weise ausgeführt werden, daß der Nachweis eines gewaltsamen Todes nur äußerst schwierig und oft nur mit kriminaltechnischen Hilfsmitteln geführt werden kann, ist es erforderlich, bei Aufhebung von Leichen die Organe der Kriminalpolizei so früh wie nur möglich hinzuzuziehen. Die Beamten der Ordnungspolizei sind gemäß einer neuen Verordnung des Ministeriums des Innern verpflichtet, von jeder Auffindung eines Leichnams oder einer verletzten oder erkrankten Person die nächstgelegene örtlich zuständige Kriminalpolizeistelle unverzüglich zu benachrichtigen und bis zu ihrem Eintreffen nur etwa notwendige unaufrichtige Maßnahmen zu treffen, sofern nicht von vornherein jeder Verdacht einer strafbaren Handlung ausgeschlossen ist. Diese Verpflichtung gilt natürlich auch für die Ordnungspolizisten anderer als der mit staatlicher Ordnungspolizei ausgestatteten Städte und Gemeinden.

— * Die Einheitskurzschrift. Mit einer Ueberzeugung und einer Leidenschaft, die nur mit der religiösen Hingabe verglichen werden kann, haben sich in Deutschland bisher die Anhänger der beiden führenden Kurzschriftarten befleißigt. Nun ist der Kampf beendet. Wenigstens so weit die Haltung der amtlichen Stellen in Frage kommt. Aus den beiden Systemen ist eine neue Reichskurzschrift geworden, die in Zukunft als Normalkurzschrift zur Anwendung gelangen wird. Zu dem Entwurf über die Einheitskurzschrift wird mitgeteilt: Der Entwurf baut sich auf dem sogenannten Entwurf B auf, wie er im Jahre 1918 von dem 23er-Ausschuß aus Sachverständigen aller Systeme der Reichsregierung überreicht wurde. Der Entwurf wurde von Sachverständigen aller großen Schulen weiterbearbeitet und hat zum letzten Entwurf geführt. Infolge lebhafter Proteste der Schule Stolze-Schrey trat eine Stockung in den Verhandlungen ein. Die Reichsregierung hatte infolgedessen bereits im April dieses Jahres das Gabelbergerische System als Einheitskurzschrift eingeführt, Preußen dagegen das System Stolze-Schrey. Es wäre nun ein sehr schwieriger Gegensatz entstanden und eine Art stenographischer Mainline herbeigeführt worden. Angesichts dieser Sachlage hat das Reichsinnenministerium die preussische Regierung gebeten, nunmehr doch dem Juli-Entwurf ihre Zustimmung zu geben. Als unrichtig wird vom Reichsinnenministerium die Behauptung zurückgewiesen, daß Handel und Industrie sich gegen die Einheitskurzschrift stellen, vielmehr werde gerade aus Wirtschaftsfreien eine Vereinfachung der Stenographie gefordert.

— * Postverkehr mit dem besetzten Gebiet. Nach Errichtung der Zollgrenze zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland sowie Einführung des Binnenzolls durch die Besatzungsmächte sind die Postbenutzer vielfach dazu übergegangen, die Waren nicht mehr in Paketen zu versenden, sondern in Säcken und Warenproben zu verpacken, um dem hohen Paket Zoll zu entgehen. Die große Zahl der umfangreichen Briefsendungen belastet die Bahnposten und die Poststellen in übermäßiger Weise und behindert die glatte Abwicklung des Briefverkehrs. Nach Aufhebung der Zollgrenze ist es wirtschaftlicher, wieder zu der früheren Versendungsart zurückzukehren, weil eine Verteilung von Waren in Säcken und Warenproben höhere Verpackungskosten verursacht und weil auch die für die Einzelsendungen aufzubewahrenden Gesamtabgaben in vielen Fällen die Paketgebühren erheblich übersteigen. Auch die Inhaltsangabe auf den Sendungen und Paketkarten ist nach Wegfall der Zollgrenze nicht mehr erforderlich.

— * Saubere Wohnungen. Zur Erhaltung trockener Wohnungen empfiehlt es sich, diese morgens, mittags und abends bei jeder Bitterung etwa 10 Minuten lang gründlich zu durchlüften. Hierbei ist möglichst starker Durchzug (Wegzug) zu schaffen, um die verbrauchte Luft zu beseitigen. Räume mit verbrauchter Luft lassen sich lange wärmer und wärmer immer unbehaglich und un-

gesund haben. Saubere und wärmer ist in den Wohnungen nach Möglichkeit zu vermeiden, weil dadurch Wasserdämpfe entstehen, die sich in Form kleiner Wassertröpfchen an den kalten Wänden der Räume ansetzen und so nach und nach feuchte Wände (Feuchtigkeit) erzeugen. Diese sich jedoch haben, Wände usw. in Wohnräumen gar nicht vermeiden, so muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die entstehenden Wasserdämpfe durch Öffnen der Fenster sofort ins Freie gelangen können und die Luft stets erneuert wird. Durch Feuchtigkeit entstehen Stockflecken und Schimmelpilze sind vorzuziehen und gründlich mit reinen Lössern abzuwischen und die betreffenden Wandstellen zu desinfizieren, z. B. durch Bestreuen mit Kalium- oder Natriumhypochlorit.

— * Heißt Sparen entbehren? Ja und nein. Sparen heißt entbehren für den, dem der Verzicht auf die vielen unnötigen Kleinigkeiten, die aus einer augenblicklichen Laune unüberleglich angeschafft werden, schwer fällt. Sparen heißt nicht entbehren, wenn man darunter jene sparsame Form der Lebenshaltung versteht, die überall das einfache und zweckmäßige erstrebt und sich damit auch zufrieden gibt. Wieviel Möglichkeiten bieten sich einem so geistigen Menschen, durch billigeren Einkauf, durch sparsameren Verbrauch, durch Verzicht auf die nebenwärtlichen oder überflüssigen Gemüts- und Markt vor unruhiger Verwendung zu bewahren; für ihn bedeutet diese rationelle Lebensweise durchaus kein Opfer, da er den Luxus nicht vermisst. Wer sich den ganzen Ernst unserer wirtschaftlichen Lage vor Augen hält, dem wird Sparsamkeit nicht Entbehren, sondern Pflicht gegen sich und die Gesamtheit sein. Zudem bedeutet es tatsächlich auch heute für viele Volksteile keine Entbehren, bei den sich so vielfach bietenden Gelegenheiten einige Pfennige und Groschen zurückzulassen. Dieser kleine irgendwo ersparte Pfennig muß es bringen! Aus dem Sparen im Kleinen erwächst, da die Zeit durch Hinterrücken mitschlägt, bald ein nennenswerter Betrag. Je länger einer spart, um so weniger merkt er, daß Sparen auch für ihn verzichten müssen die. Im Gegenteil, jezt bringt es ihm ehrlich erworbenen Wohlstand. Seine vernünftige Lebenshaltung trägt dann ihre Frucht.

— * Aufruf der alten Billionenscheine in Sicht! Der Reiz der Reichsmarktscheine ist im Gange. Nach der nunmehr erfolgten Konstituierung der neuen Reichsbank und der gesicherten Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe ist auch schon der Termin für den Aufruf der alten Billionenscheine in Aussicht genommen. Der Aufruf dürfte in der ersten Dezemberhälfte erfolgen. Die Verteilung der neuen Reichsmarktscheine, die in Abschnitten zu 1000, 100, 50, 20 und 10 Reichsmark hergestell werden, soll schon Ende November an die einzelnen Bezirke erfolgen. Die Rentenmarktscheine von insgesamt 1800 Millionen dürften nicht so schnell aus dem Verkehr verschwinden, da ihre Ausschaltung von verschiedenen Vorbedingungen, namentlich von der fortwährenden Amortisierung der Reichsschulden bei der Rentenbank usw., abhängig ist. — Besonders davon geht die Ausprägung von Münzgold in beschleunigtem Tempo weiter.

— * Der Abbau des Polizeipräsidenten Wente gerichtlich bestätigt. Der zunächst auf Veranlassung des Generals Müller seines Amtes enthobene, von der sächsischen Regierung aber nicht wieder in sein Amt eingesezte ehemalige Polizeipräsident Wente hatte bei der Schiedsstelle des Oberverwaltungsgerichts Einspruch gegen seine Veretzung in den Ruhestand erhoben. Ohne sich in eine Erklärung über die Ungeheuerlichkeit des Abbaus und über die Nichtbeachtung Wentes für sein Amt einzulassen, entschied das Gericht hinsichtlich der politischen Maßregelung, daß für die sächsische Regierung bei der Frage einer Wiederernennung Wentes in sein Amt nicht parteipolitische, sondern staatspolitische Erwägungen in Betracht kamen, nämlich die Notwendigkeit einer Rücknahme auf die Forderungen der Reichsregierung. Aus diesem Grunde mußte der Einspruch Wentes zurückgewiesen und die Stellungnahme der sächsischen Regierung als zu Recht erfolgt erklärt werden.

— * Landtagsanfrage wegen der verbotenen Umsätze beim Deutschen Tag in Blauen. Der deutliche Landtagsabgeordnete Schmidt (Blauen) hat am 16. ds. Mts. an den Landtag eine Anfrage gerichtet, in der er zunächst auf das vom Polizeiamt in Blauen am 16. Oktober erlassene Verbot aller Umsätze Bezug nimmt und dann sagt: „Nachdem am 14. September ds. J. in Blauen eine öffentliche Kundgebung mit Umsätzen usw. des Republikanischen Reichsbundes zusammen mit dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold unangekündigt stattfinden konnte, ist es der weitaußergewöhnlichen Mehrheit der Blauer Einwohnerlichkeit unverständlich, daß der jetzt geplanten Veranstaltung vom Ministerium des Innern nicht das gleiche Recht zugestimmt worden ist. Die nach Bekanntgabe des in Aussicht genommenen Deutschen Tages in die Wege geleitete Kundgebung des Republikanischen Reichsbundes, Ortsgruppe Blauen, sowie der Sozialdemokratischen Partei Blauens kann als sachhaltiger Grund für das allgemeine Verbot nicht angesehen werden, da diese Organisationen mit Recht auf ihre bereits abgehaltene Tagung verwiesen werden konnten. Bestrebend nun insbesondere das Verbot geschlossener Märsche vom Bahnhof nach den Massenauflösungen, das bei Antritt von in überreicher Zahl von auswärts eintreffenden Teilnehmern praktisch kaum durchführbar ist. Ich frage die Regierung: Welche zwingenden Gründe hat sie zu diesem nach Lage der Sache ungerecht erscheinenden weitgehenden Verbot veranlaßt?“

— * Beschleunigung der Schnellzüge. Eine Verwertung der Reichsbahn für notwendig. Es soll dies als allmähliche Beschleunigung der Schnellzüge hält die Hauptangriffspunkt werden, soweit keine Bedenken in wirtschaftlicher Beziehung noch auch für eine pünktliche Durchführung bestehen. Von alters her kommen aus dem Osten, wo Schnellzüge nicht halten, Anträge auf einen Aufenthalt in großer Zahl. Den Reichsbahndirektionen ist diesen gegenüber Zurückhaltung empfohlen worden. Eine Gewährung dieser Wünsche einzelner vermindert die Reisebeschleunigung und schädigt so das Ganze. Als Ziel gilt nach wie vor eine möglichst glatte Durchführung der Schnellzüge auf weite Entfernungen. Von Fall zu Fall soll endlich geprüft werden, ob Fernschnellzüge wieder eingerichtet werden können. Diese hatte man bekanntlich im vorigen Jahre von Berlin nach Hamburg, Wilm und München geplant, sie auch zum Teil ausgeführt, in diesem Jahre aber wieder davon abgesehen.

— * Die Steuerpflicht bei Jugendveranstaltungen. Das Oberlandesgericht Dresden hat eine Entscheidung gefällt, die für die Jugendbewegung in Sachsen von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Ortsgruppe Königsstein des Vereins Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands hatte am 8. Dezember 1923 einen „Bunten Abend“ veranstaltet, in dem musikalische und rezitative Vorträge, einige Theaterstücke, auch eine Ansprache gegeben wurden, und zu dem durch Anschläge an den Anschlagstellen öffentlich eingeladen worden war, sodas jedermann Zutritt hatte. Es waren etwa 300 Besucher da, zum überwiegenden Teile dem Verein nicht angehörige erwachsene Personen, auch nicht Angehörige von Mitgliedern und Jugendlichen. Ein Eintrittsgeld wurde nicht erhoben, es sind aber am Eingang Programme ausgegeben worden, gegen deren Empfang manchmal ein Entgelt gegeben wurde. Im Laufe des Abends wurde auch eine Kellerräumung zur Deduzierung

untoren veranstaltet. Weil die Vergnügungssteuer nicht entrichtet worden ist, hat das Amtsgericht den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Wödlitz, wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Nach der Gemeindefeuerordnung für Königsstein sind Veranstaltungen, die ausschließlich der Jugendpflege dienen, steuerfrei. Neuere ordnungsgemäße Bestimmungen über die Vergnügungssteuer besagen, daß keine Steuer zu entrichten sei für Veranstaltungen, die der Jugendpflege dienen, sofern sie hauptsächlich für Jugendliche und deren Angehörige dargeboten werden. Nach Ansicht des Amtsgerichts kann es dahingestellt bleiben, welche der beiden Vorschriften zugrunde zu legen ist. Der Bunte Abend diente weder ausschließlich der Jugendpflege, da er bestimmt war, zum mindesten mit einer unbeschränkten Anzahl Erwachsener und Nichtmitglieder eine Unterhaltung zu bieten, noch wurde er nach der Zusammenfassung der Erschienenen in ihrem Verhältnis zum Verein und nach ihrem Alter hauptsächlich für Jugendliche und deren Angehörige dargeboten. Deshalb mußte Vergnügungssteuer gezahlt werden. Hiergegen richtete sich die Revision des Angeklagten. Die Auffassung des Vorderrichters, daß als der Tatsache, daß Erwachsene und Nichtmitglieder einer Veranstaltung der Jugend beizubringen, eine Steuerpflicht zu folgern sei, wäre richtig. Dadurch sei das materielle Recht verletzt und der Wille des Gesetzgebers in das Gegenteil verwandelt worden. Es wurde dabei auf verschiedene Erlasse des Reichsinnenministers Bezug genommen und hinzugefügt, falls das angefochtene Urteil zu Recht bestehen bleibe, dies die Unterbindung der Jugendpflege in allen kleineren Orten bedeute, denn dort könne die Jugend nur dann auftreten, wenn sie sich an Erwachsene, die die Jugendpflege tragen, wenden könne und sich mit diesen zu einer großen Gemeinschaft zusammenfände. Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel verworfen. Unter Angehörige im Sinne des Gesetzes seien nur Verwandte zu verstehen. Der Vorderrichter habe nun einwandfrei und verbindlich festgestellt, daß die fragliche Veranstaltung einer unbeschränkten Zahl von Nichtmitgliedern und Nichtangehörigen der Mitglieder zugänglich war. Wenn der Gesetzgeber Veranstaltungen steuerfrei lassen wollte, die mittelbar der Jugendpflege dienen, so hätte er das klar zum Ausdruck bringen müssen. Dabei sei der Anspruch auf Vergnügungssteuer gerechtfertigt gewesen.

— * Ein Unterhaltungsamtliches Geldern machte sich, wie berichtet, der 43-jährige Angestellte Sch. Schulz. Er war im hiesigen hiesigen Bureau beschäftigt. Ein anderer junger Mann verlor seine Stellung, weil er sich in große Schulden gefürzt hatte. Das „Nächster Tageblatt“ bemerkt dazu: Es ist eine Frage für sich, woher es das Geld immer genommen oder bekommen hat. Man wird die Vorformeln — die beiden hier mitgeteilten sind nicht die einzigen — in erster Linie auf das Schuldbüro der Vereine sehen müssen, die mit ihren häufigen Vergnügungen die jungen Leute zum Geldeausgeben veranlassen. Es muß offen getabelt werden, wenn die gefälligen Veranstaltungen so oft aufeinander folgen, wie gegenwärtig. Auch in einem geordneten Vereinsleben sollen gefällige Abende nicht fehlen, aber sie müssen in angemessenen Zeitabständen abgehalten werden, sonst entsteht Vereinsneiderei. Wir leben erst am Anfang des Winterhalbjahres und schon laßt ein Vergnügungsabend das andere. Jedenfalls müssen sich die Vereinsvorstände bewußt werden, daß sie eine gewisse Verantwortung dafür tragen, wenn junge Leute durch ihre Teilnahme an den zahllosen Vergnügungen vom ordentlichen Lebenswandel abkommen.

— * In einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien wurde die Verwaltung der Stadt ermächtigt, Brenn- und Heizstoffe bis zu einer Menge von zunächst 1000 Tonnern zu beschaffen, die nach den Vorschriften des Wohlfahrtsausschusses unentgeltlich an Bedürftige abgegeben werden sollen. Auch die Notstandsliste soll nach jeder Richtung hin unterstützt werden, wenn die ihr von privater Seite zustehenden Mittel nicht mehr ausreichen sollten.

— * Sandau. Vermutlich infolge Auslaufens auf einen Stein wurde ein eiserner Schlepplahn bei Schmilta led. Da es nicht gelang, das in den Schiffraum eingebrungene Wasser zu entfernen, ging der Kahn auf Grund. Eine Befreiung der Schiffahrt ist durch den Unfall nicht eingetreten.

— * Wehrsdorf. Am Montag vormittag wurde der Dachstuhl des hiesigen Konsumvereins-Gebäudes durch Feuer vollständig zerstört. Auf dem Boden des Hauses hatte sich ein 43-jähriger Knabe eines Meisters, dessen Eltern beide auf Arbeit waren, mit Streichhölzern zu schaffen gemacht und brennende Streichhölzer in Hockspäne und Strohhäfen geworfen. Das Kind war dann aus Angst davongelaufen, ohne jemand von dem Brande etwas zu sagen.

— * Jugendburg Hohnklein. Am Sonntag früh wurde die vom Finkenkeiner Bund unter Leitung von Dr. Walter Henkel und seiner Frau aus Braag veranstaltete erste sächsische Singenachte auf Burg Hohnklein eröffnet, zu der eine hundertköpfige Schar begeisterter Sänger aus allen Teilen Sachsens und der Grenzlande herbeigekam. Rechte Vertiefung in den Geist und die Vortragskunst des Volksliedes ist das Ziel des Fests. Lannengrün und gute Wilder schmückten die noch kalten Wände der Burg und gaben dem Ganzen ein würdiges, festliches Gepräge. Im Namen des Zweigausschusses Sachsen vom Verbande der Jugendherbergen begrüßte Oberlehrer Richter (Dresden) die Gäste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Jugendburg dauernd eine Stätte edlen Gemeinschaftslebens und der Vertiefung in edle Volkskunst sein möge. Der Geist, der die Finkenkeiner belebt, fand seinen vollendeten Ausdruck in der stimmungsvollen Morgenfeier im Burrgarten mit seinem unvergleichlich erhabenen Hintergrund, den gewaltigen Felsbildungen und tiefen Gränden und Schluchten des Vollenstales. Wundervoll melodisch in seiner eigenen Betonung und dem beschwingten Rhythmus erklang der alte schöne Morgenruhr: Wie schön leuchtet der Morgenstern. Ein Sprachvortrag: Empor zum Licht von Frau Dr. Henkel schloß die eindrucksvolle Feier. — Die Singenachte dauert bis zum 26. Oktober. Lehrer, Jugendführer, Mütter und alle Musikfreunde werden reichlich Anregung davontragen.

— * Baugen. Vom Großfeuer heimgesucht wurde in der Nacht zum Dienstag das Anwesen des Viehhändlers Uchewitz auf der Luchmackerstraße. Auf bisher noch unangeklärte Weise kam gegen 11 Uhr nachts Feuer in dem über dem Stalle gelegenen Heuboden aus, das in den großen Mengen Heu und Stroh reiche Nahrung fand. Als der Brand bemerkt wurde, schlugen die Flammen bereits zum Dache heraus. Im Nu griffen sie auf das nebenstehende Gebäude über, in dem sich die Wagenkutscherei und Sattlerei von Schreiber und die Kunstscherei von Hübsch befinden. Infolge der hier lagernden Mengen von Holz, Spänen, Farben, Ölen und anderen leicht brennbaren Stoffen griffen die Flammen rasend um sich. In zwei Stunden lang brannten beide Gebäude lichterloh, an Metzen war nicht zu denken, sie wurden völlig eingeschert mit allen darin befindlichen Vorräten. Inzwischen hatte auch ein drittes Gebäude, in dem sich neben dem Möbelmagazin auch Wohnungen befanden, Feuer gefangen. Doch konnte es erhalten werden, von dem fertigen Möbelstücken ist allerdings auch hier viel beschädigt, desgleichen verschiedene Wagen. Der brennende Haub gleich

und Funkenregen über das ganze Straßennetz hin, und selbst entfernt liegende Häuser waren stark gefährdet. Die Erregung unter den Bewohnern war daher sehr groß, umso mehr, als einerseits im Nachbargrundstück 3000 Liter Benzin lagerten und andererseits das Löflerquartier ein alter aus wackeligen Gebäuden, Schuppen und Scheunen bestehender Stadtteil ist, der eine Feuerbrunst begünstigt. Der Schaden ist sehr groß und nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Kunadberg. Der Inhaber einer hiesigen Badeanstalt wurde verhaftet, weil ihm zur Zeit gelegt wird, eine Operation am Halse eines jungen Mädchens ausgeführt und bei später eintretenden Blutungen den Arzt nicht rechtzeitig hinzugezogen zu haben, sodass der Tod des Mädchens eintrat.

Buchholz. „Stahlhelm“ und „Behrwolf“, Gau Oberergraben, stellten am Sonnabend und Sonntag hier einen Deutschen Tag mit Gauferien ab. Am Sonntag fand ein Feldgottesdienst auf der Höhe zwischen Buchholz und Schlettau und die Weihe der Fahnen von 18 Ortsgruppen durch General Haerder statt.

Zwönitz. Bei der Reinigung eines großen Dampfkessels der Fabrikerei von Rotha kam am Sonntag der 21-jährige Arbeiter Bang aus Chemnitz einem Säurebottich zu nahe und zog sich ziemlich schwere Verbrennungen am rechten Körper zu. Um den Schmerz zu stillen ergriff der Verletzte einen Bottich, indem sich seiner Meinung nach Wasser befand, und schüttete sich die Flüssigkeit über den Körper. Leider war aber der Bottich mit einer scharfen und ätzenden Säure gefüllt, daß dem jungen Mann sich die Haut in Reihen vom Körper löste. Er wurde nach dem Chemnitzer Krankenhaus gebracht.

Treuen. Ein hiesiger Schrankenwärter rief einen 14-jährigen Knaben, der noch kurz vor dem bevorstehenden Tage die Geleise überschreiten wollte, noch im letzten Augenblick unter Einwirkung seines eigenen Lebens vom Geleise und rettete ihn so vor dem sicheren Tode.

Schneeberg. Der frühere Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister, Oenischmeister Böhm, der es abgelehnt hatte, sich weiterhin an der unfruchtlichen kommunistisch-sozialistischen Gemeindepolitik zu beteiligen, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossen, worauf er sein Mandat niederlegte.

Colditz. Der gewerdmäßige Einbrecher Oskar Mühlner aus Collmen bei Colditz konnte dank der Bemühungen der hiesigen Gendarmen in Verbindung mit der Kriminalpolizei Halle in Halle gefangen werden. Er hatte sich hier unter falschem Namen zu verbergen gewußt. Mühlner hat in den letzten Jahren mindestens 15 Einbrüche und zahlreiche Diebstähle in den Städten Colditz, Rochitz, Geringswalde, Leisnig usw. und in deren weiteren Umgegend verübt. Als er am 11. März d. J. in seiner Wohnung in Collmen verhaftet werden sollte, schoß er auf die Gendarmen, vermochte aber in der Dunkelheit zu flüchten.

Leipzig. Der Klempnermeister Eißler in Volkmarndorf führte bei Reparaturarbeiten vom Dach eines vierstöckigen Hauses in der Ludwigstraße und war sofort tot.

Leipzig. In der Städtischen Arbeitsanstalt St. Georga an der Niederstraße spielte sich, wie die „Leipz. N. Zeita.“ berichtet, in der Nacht zum Sonntag ein bedauerlicher Unglücksfall ab. Infolge schwerer Trunkenheit kam in einem von drei Arbeitern der Arbeitsanstalt belegten Schlafraum ein Zimmergenosse dem Gasbrenner zu nahe, öffnete diesen und ließ ihn offen stehen, ohne Licht anzuzünden. Die drei in dem Räume schlafenden Arbeiter wurden das Opfer einer schweren Gasvergiftung und mußten am Sonntag morgen, als das Unglück bemerkt wurde, sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Dort ist der 54-jährige alte Arbeiter Gustav Troitzschel an der Gasvergiftung gestorben. Wie so oft, ist auch in vorliegenden Falle ein Unschuldiger durch die Unvorsichtigkeit anderer ums Leben gekommen. Der verstorbene Arbeiter Troitzschel war ein vernünftiger und ruhiger Mann, der dem übermäßigen Alkoholgenuß durchaus fernstand. Seine beiden Zimmerkollegen, mit denen er den im 1. Stock gelegenen Schlafraum des Hauses B der Arbeitsanstalt teilte, sind indessen als starke Alkoholfreunde bekannt und hatten auch am Sonnabendabend dem Alkohol in übermäßiger Weise zugebrochen. Beide liegen im Krankenhaus St. Jakob an der Gasvergiftung schwer darnieder, während Troitzschel bereits verstorben ist.

Eiserwerda. (Funktpruch.) Nach einer Meldung der Berliner Postischen Zeitung ist die Spartasse der Stadt Eiserwerda durch unvorsichtige Bankgeschäfte in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Der Sparassistentenbalt Palm wurde seines Amtes enthoben, gegen den Bürgermeister Stielor wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Bermischtes.

Die Auffindung einer Polarforschungsreise. Die Auffindung von menschlichen Knochen, gestörten Zeitplanen, Schiffsplänen und Lagerausrüstungen im Schnee der einlamen Gerdalbinsel, nordwestlich von Alaska, hat zur Auffindung einer ein Jahrzehnt zurückliegenden Polarforschungsreise geführt. Die traurige Entdeckung wurde von dem Kapitän Louis Vane gemacht, der mit dem amerikanischen Schoner Herman auf dem Wege nach der Wrangelinsel auf der Gerdalbinsel landete. Man nimmt an, daß die Überreste von der kanadischen Polarexpedition Stefansons aus dem Jahre 1914 herühren. Die Expedition hatte Amada im Juni 1913 verlassen. Eine der drei Expeditionsschiffe, die Perla, die von Stefansons beschlagnahmt wurde und deren Kapitän der Begleiter Dearys Robert Bartlett war, geriet in schweres Eis, wurde zermalmt und sank an der Küste von Alaska im Januar 1914. Stefansons war schon vorher mit einem Teile der Reisenden an Land gegangen, um durch Jagd frisches Fleisch zu gewinnen, während Bartlett mit einem Teile der Gesellschaft zurückblieb. Diese Männer teilten sich dann wieder in drei Parteien, die zu verschiedenen Zeiten an Land gingen, um den Weg über Eis nach der Wrangelinsel und dann nach Schweden zu finden. Der zweiten dieser Gesellschaften gehörten die beiden englischen Gelehrten Dr. Wilfrid Forbes Murray und James Murray, der französische Ozeanograph Baudat und der Kanadier Stanley Morris an. Man nimmt an, daß es die Gebeine dieser Männer sind, die man jetzt wiedergefunden hat. Sie wurden zuerst von einigen Genossen Bartletts gefunden, wie sie unter den gefährlichsten Umständen mit dem Eis kämpften. Die Überreste von Zelten und Schiffsplänen, die jetzt auf einer felsigen Höhe der Gerdalbinsel entdeckt worden sind, lassen erkennen, daß die vier Männer den Tod fanden, als sie in ihren Schiffsplänen lagen. Man nimmt an, daß ein Schneesturm das ungeschützte Lager überfiel und die vier in ihren Schiffsplänen ertranken. Die Gerdalbinsel, ein kleines weißes Eiland, liegt 57 Meilen östlich von der Wrangelinsel. Vane landete hier, um die Insel für die Vereinigten Staaten in Besitz zu nehmen, und ließ dabei auf die Spuren der so lange ungeländerten Polarforschungsreise.

Die Durchführung der Alkoholverbote in den Vereinigten Staaten. hat nach amtlichen amerikanischen Angaben die Lösung von 37 Beamten bei Schießereien mit Alkoholschmugglern zur Folge gehabt. Ueber 20 Schmuggler sind von Beamten erschossen worden. Die Kosten der Verhaftungen und Verurteilungen betragen 10 Millionen Dollars betragen. Ungefähr 300 Personen sind in den Kämpfen der Polizeibeamten der einzelnen Staaten mit Schusswunden und Leben gekommen. Die eingeschlagenen haben bezogen sich nur auf Bundesbeamte.

Die neuen Brieftelegramme. Das sind Brieftelegramme? Brieftelegramme sind ein Mittelglied zwischen vollbezahlten Telegrammen und Filzbrieffen. Sie haben grundsätzlich den vollen Charakter von Telegrammen in der Beförderung nach, sollen aber schneller sein als Filzbriefe.

Wie werden Brieftelegramme befördert? Sie werden dem Bestimmungsort telegraphisch in den verkehrsschwachen Stunden nach Erledigung des vollbezahlten Telegrammverkehrs zugeführt und dort gelegentlich der üblichen Briefbefehlsgänge durch den Ortsbriefträger wie gewöhnliche Briefe zur Austragung gebracht.

Welche Anforderungen werden bei der Auslieferung an Brieftelegramme gestellt? Brieftelegramme müssen im Aussehen ganz den gewöhnlichen Telegrammen entsprechen und können zu allen Tageszeiten aufgegeben werden. Sie müssen vor der Anschrift den gebührenden Vermerk — Vst: tragen und ganz in offener deutscher Sprache abgefaßt sein. Zulässig ist für die Anschrift eine abgekürzte Telegrammanschrift zu wählen, wenn sie der Empfänger bereits für Telegramme mit der Bestimmungsbank vereinbart hat. Auch wolkargend, telegraphenlagernd oder bahnhöflagernd dürfen die Brieftelegramme adressiert sein.

Welche Vermerke sind bei Brieftelegrammen unzulässig? Brieftelegramme können nicht, wie die vollbezahlten Telegramme gegen die Entrichtung der dreifachen Gebühr als dringend befördert werden. Ebenso sind bei ihnen vorabbezahlte Antworten, Vergeltungen, Empfangsangelegenheiten, Einsprechungen, Filbestellungen, mehrere Adressen usw. unzulässig.

Was kosten Brieftelegramme? Die Wortgebühr beträgt 10 Pfg., mindestens jedoch 1,20 Mark.

Was ist sonst noch beachtenswert? Eisenbahntelegraphenstationen nehmen Brieftelegramme nicht an. Eine Gebührenerstattung kann nur erfolgen, wenn die Brieftelegramme durch die Schuld des Telegraphenbetriebs verloren gegangen sind, nicht auch wenn sie entsetzt, verstimmt oder verzögert sind. Diensttelegramme, die sich auf Brieftelegramme beziehen oder durch solche veranlaßt werden, müssen voll bezahlt werden.

Was geschieht, wenn der Empfänger verreist oder verzogen ist? Wenn der Empfänger eines Brieftelegrammes verreist oder verzogen ist, werden ihm die Brieftelegramme, soweit seine neue Anschrift der Bestimmungsbank bekannt ist, unentgeltlich durch die Post nachgeliefert.

Wann treten die Bestimmungen über Brieftelegramme in Kraft? Brieftelegramme sind seit dem 20. Oktober d. J. zur Beförderung zugelassen.

Zur Eröffnung des bayerischen Landtags. München. (Funktpruch.) In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Gold und des gesamten Staatsministeriums eröffnete Präsident Königshauer die heutige Sitzung des bayerischen Landtags. In seiner Eröffnungsrede gedachte der Präsident der Räumung der neu besetzten Gebiete, der Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen sowie der Aufbringung der Auslandsanleihe, aus der die Hoffnung geschöpft werden könne, daß die deutsche Wirtschaft sich wieder erheben werde. Auch die Fahrt des „B. N. 3“ über den Ozean habe diese Hoffnung verstärkt.

Frankreich soll eine Inventur über seinen Vermögensstand aufnehmen. Paris. (Funktpruch.) Das dem Journal „Le Financier“ Element eine Art Inventur über den Vermögensstand Frankreichs aufnehmen. Er entspricht damit einem Verlangen, das die Regierungspresse wiederholt gestellt hat, um über das Finanzgebahren der dem Ministerium Decroix vorangegangenen Regierung Auskunft geben zu können. Nach dem Blatt wird wahrscheinlich diese Bilanz im Laufe der kommenden Woche dem Finanzausschuß der Kammer übermittelt werden.

Ein Flugzeug von Paris nach Angola. Paris. (Funktpruch.) Das meldet aus Angola, ein Flugzeug, das eine Botchaft des Präsidenten der Republik Doumergue für den Präsidenten der Türkei überbrachte, ist gestern in Angola eingetroffen. General Rougla hat die Botchaft in Empfang genommen und Kemal Mustafa Pascha überreicht. Seine Antwort geht mit dem gleichen Flugzeug nach Paris ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Lebte Funkpruch-Meldungen und Telegramme vom 28. Oktober 1924.

Ein französischer Freiballon auf deutschem Boden gelandet. Berlin. (Funktpruch.) Am 11. Oktober ist ein in St. Cloud bei Paris aufgestiegener französischer Freiballon bei Emden auf deutschem Gebiet gelandet. Eine Genehmigung zum Überfliegen deutschen Gebietes ist für diesen Ballon weder erteilt noch erbeten worden. Der Ballon wurde insofern bei seiner Landung festgehalten, ist jedoch entgegen den Meldungen der Berliner Blätter nicht beschlagnahmt worden. Ueber die Freigabe des Ballons ist bis jetzt eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Veratungen des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei. Berlin. (Funktpruch.) Im Reichstag ist heute der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei zusammengetreten, um den am Montag stattfindenden Vertretertag der Landesvorstände vorzubereiten.

Vom Auto tödlich überfahren. Berlin. (Funktpruch.) Gestern abend wurde in der Beuhelstraße der Schankwirt Gierke auf dem Fuhrdamm tot aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß Gierke von einem Auto überfahren worden war, dessen Chauffeur in rascher Fahrt geklüftet ist.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Omann gestorben. Darmstadt. (Funktpruch.) Der hiesige Landtagsabgeordnete und frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Omann (D.V.) ist heute gestorben.

Uebergabe der Rechen an die deutsche Verwaltung. Essen. (Funktpruch.) Die Rechen Viktor, Jern und König Ludwig werden am 23. Oktober nachts 12 Uhr, das heißt im letzten Augenblick, der der französischen Regierung durch das Londoner Abkommen gelassen ist, von der französischen Verwaltung den Eigentümern zurückgegeben werden. Wie von der deutschen Rechenverwaltung mitgeteilt wird, beabsichtigt sie, den Betrieb nach Feststellung über den Stand der Werksanlagen wieder aufzunehmen.

Der Bremer Senat zurückgetreten. Bremen. (Funktpruch.) Der Senat hat der Bürgerchaft gestern die Mitteilung zugehen lassen, daß er, nachdem die Bürgerchaft dem Senat das Vertrauen entzogen habe, zurückgetrete. Er ersucht die Bürgerchaft, binnen der gesetzlichen Frist die Neuwahlen vorzunehmen. Bis zur Wahl des neuen Senats wird der Senat die Geschäfte weiterführen.

6 Personen wegen Unterschlagung verhaftet. Köln. (Funktpruch.) Die hiesige Kriminalpolizei nahm 6 Personen fest, darunter drei hiesige Postbeamte unter der Beschuldigung des Betruges, des Vergehens gegen das Tabaksteuergesetz und der Beamtenbeleidigung. Die Höhe des zum Schaden des Fiskus unterschlagenen Betruges ist noch unbekannt.

Notlandung während des Fluges Rom-München. Rom. (Funktpruch.) Der deutsche Flieger Udet, der von Rom nach München fliegen wollte, mußte nach dem „Messaggero“ bei Parma wegen eines Motordefektes eine Notlandung vornehmen, wobei der Apparat beschädigt wurde, die Insassen aber unverletzt blieben.

Ueberführung der Leiche des Papstes Leo XIII. Rom. (Funktpruch.) Gestern abend um 8 Uhr wurden die sterblichen Überreste des Papstes Leo XIII. ohne jedes Gepränge von der einseitigen Beilegungshütte in Sankt Peter nach der Kirche San Giovanni im Lateran verbracht. Der Feierlichkeit wohnten unter anderem die Kardinaler Herryp de Val und Staatssekretär Gasparri sowie mehrere hohe kirchliche Würdenträger bei, die dem Sarge bis nach der Kirche San Giovanni das Geleit gaben. Dieser bleibt dort einweilen in einer Kapelle, bis Anfang November die feierliche und endgültige Beilegung stattfindet.

Zwei Briganten erschossen. Rom. (Funktpruch.) Bei Cosenza wurden zwei Briganten, welche seit einigen Wochen die Gegend unsicher machten, von Carabinieri erschossen.

Die amerikanischen Eisenbahndirektoren in Paris eingetroffen. Paris. (Funktpruch.) Gestern abend ist die Delegation der amerikanischen Eisenbahndirektoren von Brüssel kommend in Paris eingetroffen.

Frankreich soll eine Inventur über seinen Vermögensstand aufnehmen. Paris. (Funktpruch.) Das dem Journal „Le Financier“ Element eine Art Inventur über den Vermögensstand Frankreichs aufnehmen. Er entspricht damit einem Verlangen, das die Regierungspresse wiederholt gestellt hat, um über das Finanzgebahren der dem Ministerium Decroix vorangegangenen Regierung Auskunft geben zu können. Nach dem Blatt wird wahrscheinlich diese Bilanz im Laufe der kommenden Woche dem Finanzausschuß der Kammer übermittelt werden.

Ein Flugzeug von Paris nach Angola. Paris. (Funktpruch.) Das meldet aus Angola, ein Flugzeug, das eine Botchaft des Präsidenten der Republik Doumergue für den Präsidenten der Türkei überbrachte, ist gestern in Angola eingetroffen. General Rougla hat die Botchaft in Empfang genommen und Kemal Mustafa Pascha überreicht. Seine Antwort geht mit dem gleichen Flugzeug nach Paris ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Die belgische Antwortnote. Brüssel. (Funktpruch.) Das Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Gesandten den Text der Antwort Belgiens auf das Schreiben der Reichsregierung, betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, ausstellen lassen. Die belgische Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und der englischen Antwort und lehnt, obgleich sie auf eine Zulassung hinausläuft, ein Recht des Reiches auf irgend ein Privilegium oder eine es beschränkende Maßnahme ab.

Evangelisch-nat. Arbeiterverein
Riesa und Umgegend.
Su unserem am Sonntag, 26. Oktober, stattfindenden
20jährigen Stiftungsfest
verbunden mit **Bannerweihe** im Hotel zum Stern,
laden wir alle werten Mitglieber, sowie herzlich
geladene Gäste nochmals herzlich ein.
Anfang 5 Uhr. Der **Veranstaltungsausschuss**.

U. T. Goethestraße.
Heute letzter Tag
„Die Insel der Erfüllung“.
Freitag bis Sonntag
die große Ausstattungsfilmoperette
Die Brigantin v. Newyork.

Sauptrolle:
Lotte Neumann, Lotte Neumann.
Unter persönlicher Mitwirkung erster
Berliner Kräfte:
1 Sängerin, 1 Kapellmeister, 2 Sänger.
Nach längerer Pause tritt Lotte Neumann,
der Liebhabin aller, in dieser Operette zum
ersten Mal wieder vor das Publikum. Auf
ihrer Tournee durch Deutschland feierte sie
Triumphe über Triumphe und bildet gegen-
wärtig das Lausachsprach der Großstädte.
Auch wir haben die gewaltigen Unkosten
nicht gescheut, um Riesa auf diesem Gebiet
das Neueste vom Neuesten zu bieten.
Vorführungen 7 und 9 Uhr.
Einloch 7 Uhr.
Sonntag ab 5, 7 und 9 Uhr.
3-5 Uhr Jugendvorstellung.

Zentraltheater
Gröba.

Heute zum letzten Mal
„Das Mädel von Capri“.
Freitag bis Sonntag der neue Demeft-Film
„Frühlingsfluten“
ein Abenteuerfilm in 8 gewaltigen Akten
nach dem Roman von J. Turgenew.
Aus dem Inhalt:
Eine Reise durch Deutschland. — Ein glück-
liches Abenteuer. — Die Begegnung mit
dem Schicksal. — Die Flucht nach Paris. —
Verweilung, Neue und Heimkehr.
Dieses Filmwerk läuft gegenwärtig mit
großem Erfolg im „Victoria“, Leipzig, dem
größten Theater Mitteldeutschlands.
Montag nur einen Tag:
Lotte Neumann
„Die Brigantin von Newyork“.

Dresdner Marionettentheater

— Dir. Heinrich Abel, Bruno Wunsch —
Riesa, Hotel Kronprinz.
Freitag, 24. Sonnabend, 25., Sonntag, 26., 8 Uhr:
Andreas Hofer
oder: Der Bauernaufstand in Tyrol, 6 Akte
aus den Freiheitskämpfen.
Die Schlacht am Malsberge — Hofers Erziehung
in Mantua. — Sonntag 2 und 4 Uhr:
Rotkäppchen und der Wolf
Märchen in 4 Akten.

Jugendverein Heyda.
Su unserem am Sonnabend, 25. Oktober, im
Saale zu Heyda stattfindenden

Stiftungsfest
laden wir nochmals herzlich ein.
Anfang 7 Uhr. Der **Gesamtvorstand**.
Offiziere bei weitgehendster Zahlungserleichterung:
**Anzüge, Kleider, Herren- und
Damen-Mäntel, Joppen, Hosen
Bett- und Leibwäsche, Gardinen
Schuhwaren und Möbel.**
E. Kauscha
einfaches Kred. am Platz
Riesa, Goethestr. 19.



Möbeltransport — Verpackung von Kunst-
gegenständen, Gemälden usw. * * *
**Aufbewahrung ganzer
Wohnungs-Einrichtungen**
In trockenen, massiven Lagerhäusern
mit Gleisanschluss. — Beste Empfehlungen,
anerkannt prompt u. zuverlässig. Bedienung.
Wohnungstausch.
Grossenhain Riesa, Kasernen-
Hindenburgstr. 26/28 Riesa, Straße 13
Fernruf 49. Geogr. 1877. Fernruf 485.

Bunte Barchent-Knabenhemden
gute Stoffe, saubere Verarbeitung
Größe 50 55 60 65 70 75 80 cm lang
Preis 1.10 1.20 1.40 1.55 1.70 1.85 2.60 M.
Burschenhemden 85 cm 90 cm lang
2.50 2.70 M.
Emil Förster Fa. M. Barthel Nachf.

Reiche Auswahl Neueste Formen
Damenhüte
Saubere Ausführung Billigste Preise
Hutfabrik Pflugk & Kaiser
Wettlinerstr. 21, Hintergebäude
Kein Laden

Herren-Anzüge von 30 bis 90 M.
Burschen-Anzüge von 20 M. an
Kinder-Anzüge von 5.50 M. an
Winter-Joppen, warm gefüttert, für
Männer, von 12 M. an
Mäntel u. Paletots v. 35 bis 95 M.
Hüte, Mützen, Gassen, Molton-Jacken
Gendern, Blusen, Polsträger
Gutwahl- u. Rodanzüge zu Hochzeiten
in großer Auswahl.
Paul Suchantke
Riesa, Wettlinerstr. 11.

Partyschlößchen.
Morgen Freitag Schweinschlachten,
ab 8 Uhr früh Wellfleisch, später frische
Wurst, Gullerschäffeln und Brat-
wurst mit Kraut.

Rosenschlächterei Goethestraße
empfiehlt prima fettes Fleisch und
fr. Wurst. C. Stein.

Sühneraugen befeuchtet sicher
das Radikalmittel **Lebewohl.**
Dornhaut a. d. Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
Kein Verursachen, kein Festkleben am Strumpf.
In Drogerien und Apotheken.
Central-Drogerie Oscar Förster
Wilh. Moris Vera, Troja, Bahnhofstr. 13.

Kammerlichtspiele
Hauptstr. 1

Nur noch heute:
**„Die letzte Sensation
des Zirkus Farrini“.**
Das spannende Zirkusdrama.
Ab morgen Freitag
**„Taras
Bulba“**
2. Teil:
„Kosakenende“
sowie ein tolles Lustspiel.

Gute Musik!
Sonntag Beginn der Vorstellung
5 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet
der Besitzer Karl Wares.

Das Beste vom Besten!
Thamsa-Margarine wie gute Butter 1 Pfund-Würfel nur **90** ⚡
Die feinste T. G. Nußbutter 1 Pfund-Würfel nur **70** ⚡
Die gute Hakala-Margarine 1 Pfund-Würfel nur **63** ⚡
Stets frisch gebr. Kaffees 1/2 Pfund 70 ⚡, 80 ⚡, 90 ⚡, 100 ⚡ **110** ⚡
Hamburger Kaffeelager
Thams & Garfs, Hauptstraße 54.

Restaurant
Elbterrasse
Ofter preiswerter
Mittagsstisch
Gasthof Reußen.
Morgen Freitag
Schlachtfest
W. Bentzin.
Forkhaus Ostseeweg.
Freitag, den
24. Oktober
**Nacht-
schlachtfest.**
Es ladet sich
ein G. Voer.

Freitag: **Schweinschlachten.**
Freitag 11 Uhr Well-
fleisch und Leber-
wurstschinken, später
fr. frische Wurst.
Paul Schautschik
Wettlstr. 5, n. d. Central
Die rege Nachfrage
beweist, daß
das nahr-
hafte

Kitzenberger
Brot

bel einem
geehrten Publikum gute
Aufnahme gefunden hat
und empfehlen
die Bäckerellen von
**R. Döchner, Groß-Str. 18
K. Winkler, Goethestr. 42
P. Pache, Goethestraße 61**

**Schlüter-
brot**

ein hochwertiges Vollkorn-
Feinbrot, leicht verdaulich
und bekömmlich, empfiehlt
Bäckeri R. Röhrborn
Albertplatz 10.

Nach langem, mit Ver-
duld ertragenem Leiden
verchied am Dienstag
abend 8 1/2 Uhr unsere liebe
Großmutter und Tante
**Frau
Marzianna
berw. Zepper.**
Im tiefsten Schmerz
die tieftrauernden
Pinterbliebenden.
Riesa, Feldstr. 9.
Beerdigung Sonnabend
nachm. 3 Uhr von der
Friedhofshalle aus.

Man verlange stets
Radeberger Pilsner
Weihenstephan-Bier

Preisauschreiben!
RENEGIE-DREH-STI-SEDLOG-ERWT
Für die richtige Lösung obigen Sprichwortes
haben wir nachstehende Preise ausgesetzt:
1. Preis:
1 Wohnungseinrichtung
bestehend aus: 1 Wohnzimmer oder Herrenzimmer und
1 Schlafzimmer, sowie 1 Küche

2. Preis: Ein Klavier
3. „ Eine Nähmaschine
4. „ Eine Nähmaschine
5. „ Ein Damen- o. Herrenfahrrad
6. „ Eine Weige
7. „ Eine Mandoline
8. - 27. „ 20 photograph. Klappkameras
9: 12 mit Prima Doppelobjektiv
28. - 100. „ 75 Prima Taschenuhren
101. - 250. „ 150 Füllfederhalter
mit edel 14 Kar. Goldfeder sowie
eine große Anzahl div. Trostpreise
eines obenge-
nannten Preises

Gewinner ist Jeder
der uns die richtige Lösung einfindet.
Die Verteilung geschieht unter Aufsicht eines
hiesigen Notars, an der jeder Riese teilnimmt.
Die Einzahlung muß sofort erfolgen und ver-
pflichtet Sie zu nichts. Für Mißposten, Druck-
sachen, Schreiblohn usw. sind der Lösung Ge-
bühren beizufügen. Briefporto 10 M.
Schreiben Sie sofort an **Diana-Verlag**
Dr. Knippling, Braunschweig Nr. 1928.
Die Empfänger der Preise aus unserem letzten
Preisauschreiben finden Sie auf dem Aben
nach Einzahlung der Lösung eingehenden
Schreiben vermerkt.

Für die uns anlässlich unserer Silber-
hochzeit und Verlobung dargebrachten
Glückwünsche und Geschenke sagen wir
hierdurch unseren
herzlichsten Dank.
Glaubitz. **Familie Prommer
Fritz Broschwitz.**

**Brauerei-Restaurant
Röderau.**

Morgen Freitag
Schlachtfest.
Kaufe ab: Herren-Räder
auch wenn defekt.
E. Wintler, Optstr. 73.

Man verlange stets
Radeberger Pilsner
Weihenstephan-Bier

Sportverein Nickritz.

Nachruf!
Plötzlich und uner-
wartet verschied unser
langjährig. Mitglieber
Herr Kurt Schubert.
Wir verlieren in ihm
einen treuen Sports-
eifrigen Kameraden.
Wir werden ihm stets
ein ehrendes Anden-
ken bewahren.
Der Vorstand.

Nachdem wir unseren lieben Vater zur
letzten Ruhe gebettet haben, drängt es
uns von Herzen, für die zahlreichen Be-
weise der Liebe und Teilnahme, sowie für
die herrlichen Blumenspenden unseren
herzlichsten Dank
auszusprechen.
Riesa-Dresden, 23. 10. 24.
Helene, Elisabeth, Alfred Dietrich.

Plötzlich und unerwartet schloss unsere liebe
gute Mutter
Frau Privata Bertha verw. Teuber
ihre treuen Augen für immer.
In grossem Schmerz
Ihre stets dankbaren Kinder.
Riesa, Goethestr. 53, den 23. Oktober 1924.
Die Beerdigung findet Sonnabend 2 Uhr von der Halle aus statt.

Zur Räumung der Dortmunder Zone.

Die vereinbarte Räumung.

Vor vierzehn Tagen hat die Reparationskommission die im Londoner Abkommen vorgesehene zweite Festlegung getroffen, in der die Innehaltung der Vereinbarung durch Deutschland verbindlich wurde, nachdem in der ersten Festlegung die Innehaltung der notwendigen deutschen Besetzung zum Ausdruck gekommen ist. Vertragsgemäß haben die Franzosen nunmehr die Dortmunder Zone und südlich der Ruhr einen schmalen Besetzungstreifen von Wohnort südwärts geräumt. Es handelt sich um Innehaltung einer Verpflichtung, die sich als Folge der Innehaltung deutscher Verpflichtungen ergeben hat, und zu Unablässigkeiten, wie sie in einem Teile der Presse zu vernehmen sind, liegt nicht der geringste Grund vor. Der größte Teil des unter brutaler Vertragsverletzung besetzten Gebietes befindet sich noch unter dem Zwang der französischen Besetzung. Rückblicklich ist es, wenn die Bevölkerung sich ihrer zurückgewonnenen Freiheit freut und wenn im Stadtkontor zu Dortmund Wilhelm Tell über die Bretter geht. Eine etwas eigenartige Mischung von menschlicher und nationaler Würde verleiht eine im Volksmunde Gasette de Hoch genannte Zeitung, die darauf vertraut, daß die Bewohner des besetzten Gebietes von der glücklichen Eigenschaften des Menschen, dieses zu vergessen, ausgehenden Gebrauch machen werden. Niemals kann und wird das deutsche Volk vergessen, was ihm in den vergangenen Jahren angetan ist und täglich noch angetan wird. Ist es doch geradezu die tiefste Quelle unseres nationalen Unglücks, daß unser Volk immer wieder in blinder Vertrauensseligkeit die Lehren einer taubstummblinden Besetzung vergessen hat. Nicht viel davon reden, aber immer daran denken, das ist ein französisches Wort, das allerdings von der sonst so franzosenbeglückten Presse nicht gern zitiert wird.

Dortmund

von der französischen Besetzung befreit.

Dortmund. Gestern morgen ist, wie wir bereits gestern berichteten, die Stadt Dortmund von den Franzosen geräumt worden. Um 7 Uhr rückte die Artillerie auf dem Wege nach Dorfeld ab. Das 67. Infanterieregiment marschierte um 8 Uhr zum Bahnhof, wo es in bereitgestellten Bussen nach Düsseldorf verladen wurde. In den frühesten Morgenstunden sah man zahlreiche Offiziere nach dem Bahnhof eilen. Die Posten vor dem Quartier der 3. französischen Infanteriedivision wurden um 9 Uhr eingezogen. Dortmund ist also vollständig geräumt und untersteht in keiner Beziehung der französischen Kommandogewalt. Der Magistrat der Stadt Dortmund hatte in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, aus Anlaß des Abzuges 25 000 Mark zur Unterstützung kinderreicher Familien zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat der Stadt Dortmund hatte weiter mit dem Magistrat der Stadt Hörde und den Landräten der Landkreise Dortmund und Hörde beschlossen, aus Anlaß der Räumung von Dortmund und Hörde eine schlichte, ernste Kundgebung zu veranstalten. Die Vorbereitungen hierzu sind im Einklang mit der Reichsregierung erfolgt. Nachträglich hat aber die Reichsregierung aus bestimmten, schwerwiegenden Gründen gebeten, von einer Kundgebung abzuweichen. Die Veranstaltung wird deshalb unterbleiben.

Grüße des Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Räumung des Gebietes von Dortmund und Hörde an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Der Bevölkerung der nunmehr von fremder Besetzung befreiten Gebiete der Provinz Westfalen übermittle ich namens des Reichs herzlichste Grüße. Mit dem ganzen deutschen Volke gedenke ich heute in höchster Anerkennung und mit aufrichtigem Danke der festen und würdigen Haltung unserer Landesleute, die auch unter härtestem Druck und unter schwersten Opfern dem Vaterlande die Treue gewahrt haben. Möge für das nunmehr befreite Gebiet eine Zeit ruhiger Erholung und gedeihlicher Entwicklung folgen und möge auch den noch besetzten Gebieten unseres Landes bald die Stunde der Freiheit kommen.“

Reichspräsident Ebert.

Ebenso hat der Reichspräsident auch die Bevölkerung der geräumten Teile der Rhein-Provinz und der Provinz Oester-Rhein durch Telegramme an die Oberpräsidenten dieser Provinzen und die Bewohner des geräumten badischen Gebiets durch ein Telegramm an den badischen Staatspräsidenten unter dankbarer Anerkennung ihrer treuen und festen Haltung während der Zeit der Besetzung begrüßt.

Rundgebungen des Reichskanzlers.

Berlin. Reichskanzler Marx sandte dem badischen Staatspräsidenten Köhler nachstehendes Telegramm:

„Nachdem die badischen Öfen Karlsruhe und Mannheim bereits durch Wegfall der Brennstofflinie von den schwersten wirtschaftlichen Fesseln befreit worden waren, sind heute auch die Besatzungstruppen gemäß den Londoner Vereinbarungen zurückgezogen. Im Namen der Reichsregierung spreche ich Ihnen, Herr Staatspräsident, meine aufrichtigsten Glückwünsche hierzu aus, die ich auch den beiden Städten zu übermitteln bitte. Möge die Befreiung von der Besetzung den Anfang zu einem neuen Aufschwung in der Entwicklung dieser für das badische Land und die Rheinschiffahrt so wichtigen Hafenplätze bedeuten.“

Wachsende Reichseinnahmen.

Berlin. In einer Zusammenstellung über die Reichseinnahmen teilt die Hoff. Stg. mit, daß im Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1924 die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf 1344 Millionen Goldmark veranschlagt wurden. Diese Summe dürfte nach den bisherigen Ergebnissen weit überschritten werden. Allein das Halbjahr April bis September habe eine Steuer von etwas mehr als 1 Milliarde erbracht. Von dieser Summe entfallen auf die Steuer aus dem Lohnabzug 592,5 Millionen, aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag 5 Millionen, aus anderen Einnahmen 404,7 Millionen. Auch die Umsatzsteuer werde trotz der Ermäßigung den Voranschlag übersteigen. Eingenommen wurden im Halbjahr April bis September 863 Millionen. Der Voranschlag sieht eine Einnahme von 1,2 Milliarden im Jahre vor. An Zöllen wird ebenfalls eine erhebliche Mehreinnahme zu verzeichnen sein. Im Halbjahr April bis September wurden 136,5 Millionen vereinnahmt; die Jahreserinnahme ist auf 160 Millionen veranschlagt. Auch die Tabaksteuer, bei der man mit einer Einnahme von 880 Millionen im Jahre gerechnet hat, hat im Halbjahr April bis September bereits 231 Millionen erbracht.

Berlin. Aus Anlaß der gestern erfolgten Räumung der Dortmunder Zone hat der Reichskanzler an den Oberbürgermeister von Dortmund, Dr. Eichhoff, folgendes Telegramm gerichtet:

„Die militärische Räumung des Abschnitts von Dortmund und Hörde, die in Erfüllung der auf der Londoner Konferenz erteilten Auflage heute auf Anordnung der französischen Regierung durchgeführt worden ist, gibt mir Veranlassung, Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und der Bevölkerung meinen aufrichtigsten Glückwunsch auszusprechen. Ich verbinde damit den herzlichsten Dank und die wärmste Anerkennung der Reichsregierung für all das, was die Bevölkerung während der zurückliegenden Zeit für das gesamte deutsche Vaterland auf sich genommen hat. Nachdem nunmehr alle künstlichen Besetzungen für das Wirtschaftsleben weggefallen sind, hoffe ich, daß die Bevölkerung der jetzt geräumten Gebiete einem neuen Aufstiege entgegengehen und in bewährter Arbeitskraft und Tatensfreudigkeit an dem Wiederaufbau der Heimat und des Vaterlandes mitwirken wird. Dieses Ergebnis der in London eingeleiteten Politik wird den benachbarten Landestellen deutlich zeigen, daß auch sie innerhalb der in London vereinbarten Fristen mit einer Befreiung von der Besatzungslast bestimmt rechnen können.“

An den Oberbürgermeister von Remscheid.

Berlin. Der Reichskanzler hat an den Oberbürgermeister Hartmann in Remscheid folgendes Telegramm gerichtet:

„Die militärische Räumung von Remscheid und der benachbarten Landestellen gibt mir Veranlassung, Ihnen und der Bevölkerung dieses nunmehr in Ausübung der Londoner Abmachungen von der Besetzung befreiten Gebietes meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. Ich verbinde damit meinen und der Reichsregierung aufrichtigsten Dank für die treue und erlassungsvolle Haltung, mit der alle Beteiligten im Interesse unseres geliebten Vaterlandes die Lasten der Zeit hinter Ihnen liegenden schweren Zeit auf sich genommen haben.“

Der Oberbürgermeister von Remscheid

hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Remscheid ist heute von französischer Besetzung geräumt. Freudig beweise ich im Namen der Bürgerschaft der Reichsregierung aufrichtigen Dank für alle Bemühungen, die zur Befreiung unserer Stadt geführt haben.

Begrüßungstelegramme des preussischen Ministerpräsidenten.

Zur Räumung bisher besetzter Gebiete hat der preussische Ministerpräsident Braun namens der preussischen Staatsregierung an die Oberpräsidenten in Münster und Koblenz und an die Regierungspräsidenten in Aachen, Düsseldorf, Köln und Wiesbaden Telegramme folgenden Wortlauts gerichtet:

„Die preussische Staatsregierung begrüßt zum heutigen Tage die von der militärischen Besetzung frei gewordenen Bevölkerungsteile der Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau sowie der Rheinprovinz freudig und herzlich. Die in langer schwerer Zeit für Reich und Staat gebrachten Opfer, welche die Bevölkerung mit vorbildlicher Standhaftigkeit und Treue auf sich genommen hat, sichern ihr den nach besten Kräften in die Tat umzusetzenden Dank des ganzen Volkes. Möge die heute vollzogene Erleichterung nunmehr in naher Zeit auch den noch besetzten Gebieten zuteil werden.“

Der Oberpräsident von Westfalen wird sich am 23. Oktober nach Dortmund begeben, um die geräumten Gebiete der Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz namens der preussischen Staatsregierung zu begrüßen.

Zur Räumung von Mannheim und Karlsruhe.

Bei der Räumung von Mannheim und Karlsruhe sind einige Besatzungskommandos noch zurückgeblieben. Diese Tatsache ist aber nicht auffällig, denn diese Kommandos, die schon seit dem Waffenstillstand dort bestehen, um eine gewisse Kontrolle über die Schiffahrt auszuüben, hatten mit der übrigen Besatzung nichts zu tun. Gleichwohl sind schon früher deutscherseits Versuche gemacht worden, daß diese Kommandos aufgehoben und deren Aufgaben in anderer Weise geregelt werden. Die Besatzungsbehörden haben das allerdings bisher verhindert, aber es wird wiederum in Koblenz darüber verhandelt, wie eine andere Lösung der Frage ermöglicht werden kann.

Die deutsche Justizhoheit im besetzten Gebiet.

Die Wiederherstellung der deutschen Justizhoheit im besetzten Gebiet ist, wie wir hören, Gegenstand der Verhandlungen in Koblenz. In neuerer Zeit sind Eingriffe der Besatzungsbehörden in die Rechtspflege nicht mehr bekannt geworden.

Die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes.

Eine Verfügung der Besatzungsbehörde. Paris. Aus Düsseldorf wird amtlich gemeldet, daß General Depoutte in Uebereinstimmung mit der Rheinland-Kommission die Unterdrückung aller im Ruhrgebiet und am Brückenkopffeld gebliebenen (alliierten) Organisationen zur wirtschaftlichen Ausnützung der besetzten Gegend vom 23. Oktober an verfügt hat. Von diesem Tage an solle die deutsche Verwaltung wieder ihre vollen Befugnisse erhalten, wie im dritten Anhang des Londoner Abkommens bestimmt ist. Die Wägen, Rotereien und industriellen Unternehmungen sollen an gleichen Tage den deutschen Besitzern zurückgegeben werden.

Um die Arbeitszeitfrage.

Berlin. Der Reichswirtschaftsrat hat zur Bearbeitung der Arbeitszeitfrage einen besonderen Ausschuss eingesetzt. Dieser versucht zunächst, den Paragraph 7 der Arbeitszeitverordnung neu zu formulieren. Es handelt sich im besonderen um die Festlegung der Verufe, für die der Achtunderttag ausnahmslos im künftigen Arbeitszeitgesetz gesichert werden soll. Inzwischen schreiten im Reichsarbeitsministerium, unbeeinträchtigt durch die Auflösung des Reichstages, die Arbeiten zur Neugestaltung eines deutschen Arbeitszeitgesetzes fort.

Einsatz der Technischen Nothilfe.

Die Auslandsbewegung der Hilfsarbeiter Mitteldeutschlands, die in Jena, Gotha und Gienach und anderen Orten in Thüringen zum Erliegen gekommen ist, hat nunmehr auch auf den nördlichen Teil Mitteldeutschlands übergriffen. Infolgedessen mußte im Verlauf des Dienstags und Mittwochs die Technische Nothilfe zur Notversorgung der Bevölkerung bisher mit etwa 200 Rothelfern eingesetzt werden und zwar in Magdeburg im Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk sowie zur Aushebung von Grabstellen und

zur Leichenüberführung, in Gera im Gas- und Wasserwerk, auf dem Schlachthof sowie zur Erledigung der Reinigung im Magistratsbüro, in Bernauerode im Gaswerk und in Nordhausen zur Durchführung der Reinigung im Rathaus und im Städtischen Krankenhaus.

Die Krise in der Demokratischen Partei.

Berlin, 23. Oktober. Der Austritt des rechten Flügels der bisherigen demokratischen Reichstagsfraktion aus der Partei steht gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses der politischen Kreise. In den deutschnationalen und den volksparteilichen Kreisen erblickt man in diesem Vorgang das erste Anzeichen eines bevorstehenden Zusammenbruchs der Demokratischen Partei. Die Haltung, die die Demokraten bei den Regierungsverhandlungen eingenommen haben, hat nunmehr den letzten Nistich zu dem Zerfall der Partei gegeben, die nach den Neuwahlen am Reichstag keine Rolle mehr spielen könne.

Von führender demokratischer Seite wird uns hierzu mitgeteilt, daß die Demokratische Partei nicht die geringste Veranlassung habe, sich vor den Konsequenzen zu fürchten, die sich aus dem Ausscheiden der Führer des rechten Flügels ergeben. Der Abgeordnete Schiffer und seine Freunde hätten weiter nichts getan als die letzte Konsequenz aus der Tatsache gezogen, daß sie mit den Prinzipien und Grundanschauungen der Demokratischen Partei auch nicht das Mindeste mehr gemein haben. Die Demokratische Partei müsse es ganz entschieden ablehnen, ihre Traditionen als die Trägerin des freiheitlich geklärten Bürgertums zu verneinen. Die Demokratische Partei werde an Stelle der ausgeschiedenen Abgeordneten neue Männer an die Spitze bringen, die entschlossen sind, die demokratischen und republikanischen Ideale zu verteidigen. In erster Linie sollen nunmehr die jüngeren Kräfte in den Vordergrund treten, die den Geist in der demokratischen Bewegung aufzutriften vermögen. Im übrigen befehlt die Wählerschaft, die beiden demokratisch geklärten Ministern, die Generale von Teulings und Freiber von Schöningh zu bitten, an hervorragender Stelle für die Demokratische Partei zu kandidieren.

Zu den Austritten aus der Demokratischen Partei. Die preussischen Landtagsabgeordneten Dominicus und Schiffer teilten am Mittwoch vormittag in der Sitzung der demokratischen Landtagsfraktion offiziell ihren Austritt aus der Demokratischen Partei mit und verabschiedeten sich. Auch beim Landtag selbst sind am Mittwoch morgen zwei Schreiben eingelaufen, die dem Präsidenten Mitteilung vom Austritt der beiden Abgeordneten machen. Der Abg. Dr. Grund hatte bis dahin der Landtagsfraktion und dem Landtag noch keine offizielle Mitteilung von seinem Austritt gemacht.

Parteitag der Demokraten.

Berlin. Die Deutsche Demokratische Partei hat einen von ihrem Vorstandsmittelsitzern Koch, Erlesen und Fischer unterzeichneten Aufruf erlassen, in dem sie zu einem außerordentlichen Parteitag am 1. November in Berlin einlädt. Die Tagung soll sich auf den 1. und 2. November erstrecken.

Politische Tagesübersicht.

Bei den Hausdurchsuchungen bei den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Böhlen, Remmele und Grunewitz wurde viel Material gefunden, das ohne Zweifel aus der fürzlich ausgeschobenen Putschliteratur in Remscheid stammt. Bei Remmele fand die Polizei mehrere falsche Pässe, darunter einen, auf den der Abgeordnete bereits Reisen durch die Schweiz unternommen hat. Remmele und auch die übrigen von der Polizei geahndeten kommunistischen Abgeordneten sind nach Mählen.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die Mitglieder der Parteiaussschüsse traten gestern im Reichstage zu einer Konferenz zusammen. Hermann Müller erstattete Bericht über die geschichteten Regierungsverhandlungen. Nach kurzer Aussprache billigten die Fraktion und der Parteiaussschuss einstimmig die Haltung des Vorstandes. Der Vorstand wird den Wahlauftrag in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Der schweizerische Anteil der deutschen Reparationsanleihe ist nach den bisherigen Meldungen wesentlich überzeichnet worden. Das Ausland hat sich mit bedeutenden Beträgen beteiligt.

Der bayerische Landtag hat gestern seine Winterarbeit mit einer Beratung des Vorkontenrats, der nachmittags die Sitzungen sämtlicher Fraktionen folgten, wieder aufgenommen. Der Doppeletat wird heute vormittag während der Plenarsitzung zur Ausgabe gelangen, in welcher Finanzminister Dr. Krausnick den Etat mit einer längeren Rede dem Hause vorlesen wird. Die Plenarsitzungen werden nach der Rede des Finanzministers vertagt werden und sollen am 4. November wieder aufgenommen werden. Am 4. November soll das Plenum das Gemeindefinanzgesetz seinerseits in Beratung nehmen, sodas damit gerechnet werden kann, daß die Gemeindefinanz in Bayern gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember abgehalten werden können. — Wie verlautet, ist der Anspruch der Sozialdemokraten auf den Posten des ersten Vizepräsidenten des bayerischen Landtags in der gestrigen Sitzung des Vorkontenrats bereits erwohnen worden. Jedoch dürfte von Seiten des völkischen Blocks hiergegen Widerspruch erhoben werden. Eine Entscheidung ist bisher nicht getroffen worden.

Das Hochverratsverfahren gegen von Graefe.

Berlin. Das Hochverratsverfahren gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten von Graefe, das gegen ihn wegen Verdachts der Teilnahme am Hitlerputsch eingeleitet war, scheint jetzt wieder in Fluss zu kommen, nachdem es eine Zeit lang geruht hatte. Wie wir erfahren, haben in den letzten Tagen in München eingehende Untersuchungen in dieser Angelegenheit stattgefunden und zwar fast vor allem die Herren von Rahr, von Seiffert und Lohow von Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes über die Rolle vernommen worden, die nach ihren Wahrnehmungen, Herr von Graefe am 9. November vorigen Jahres in München gespielt hat. Es ist damit zu rechnen, daß die Voruntersuchung demnächst abgeschlossen und das Ergebnis dem Oberstaatsanwalt zur Entscheidung übermitteln werden wird, ob gegen Herr von Graefe das Hauptverfahren wegen Hochverrats eröffnet werden wird.



Diese Fickel...

und doch brauchen Sie nicht zu verzweifeln! Nehmen Sie das Fickel-Wundermittel, das einfachste und natürlichste Mittel gegen alle Hautkrankheiten! Schon nach wenigen Tagen werden Sie merken, wie Ihre Haut wieder gesund und blühend wird. Keine weitere Beratung und kein ärztliches Rezept gegen Hauterkrankungen. Erhältlich in Apotheken.

Hat Deutschland seine Kriegsschuld anerkannt?

Professor Dr. Kantorowicz-Freiburg i. Br., einer der Sachverständigen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags, unterrichtet in einem Aufsatz im Mittellingsblatt des Republikanischen Arbeiterbundes den Text des Artikels 231 des Vertrages von Versailles, des sogenannten Schuldartikels, daraufhin, ob daraus wirklich eine Anerkennung der Kriegsschuld durch Deutschland hergeleitet werden könne. Artikel 231 lautet: „Die Alliierten und Assoziierten erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten verantwortlich für die Verursachung aller Verluste und Schäden sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgewungen worden ist.“

Professor Kantorowicz weist zunächst darauf hin, daß hier von dem Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten die Rede ist, und meint, daß damit allein schon die Behauptung platt zu Boden falle, daß Deutschland der Alliierten am Kriege gescheitert sei. Aber nicht einmal von der Kriegsschuld Deutschlands am Kriege, sagt er weiter, ist hier die Rede. Es ist ja überhaupt nicht von der Verantwortlichkeit für den Krieg, sondern allein von der Verantwortlichkeit für bestimmte Kriegsschäden die Rede. Darum steht der Artikel 231 nicht in dem Abschnitt der Strafbestimmungen, sondern in dem, der von den Reparationen handelt. Er hat also gar keine politisch-moralische Bedeutung, sondern allein wirtschaftliche, er ist kein Schuld-, sondern ein Schuldenartikel. Freilich haben uns die Gegner in dem Ultimatum vom 16. Juni 1919 der Schuld am Kriege geziehen. Aber diese Behauptungen der einen Seite hat Deutschland nicht unterschrieben, sie geben uns daher, juristisch betrachtet, garnichts an. Man könnte einwenden, der Schuldvorwurf stehe doch in dem letzten Satz des Artikels, wonach den Gegnern durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten der Krieg aufgewungen ist. Jedoch eben die Tatsache, daß dann die Hauptsache ganz am Schluß in einem kleinen Nebensatz gesagt wäre, beweist, daß es sich hier um eine belanglose Nebenbestimmung handelt.

Der Sinn (des Artikels) ist auch bei Artikel 231 ein technisch-militärischer, nicht politisch-moralischer, und daran kann auch die arglistig irreführende Fassung des Nebensatzes nichts ändern, so oft dies auch, namentlich von französischer Seite versucht worden ist. Nicht der politisch-moralische Grundlag der Schuldhaftigkeit des Angriffskrieges liegt der Reparationspflicht zugrunde, sondern der das ganze Kriegsgeschehen tragende — und richtende — Gedanke des Rechts des Stärkeren und der daraus fließende Satz: Wer verliert, zahlt... Es steht fest, daß Deutschland niemals seine Schuld am Kriege, oder gar seine Hauptschuld oder schließlich gar seine Alliierten anerkannt hat; die Forderung, es solle dieses Auerkenntnis zurücknehmen, ist also grundlos. Der Kampf gegen die „Schuldfrage“ ist insoweit nicht in jedem Sinne — ein Kampf gegen Windmühlen.

Die Beisehung Robert Fabers.

(Magdeburg. Unter lebhafter Beteiligung der Magdeburger Bevölkerung und unter Teilnahme von Vertretern der Presse und der Behörden fand gestern die feierliche Beisehung der sterblichen Überreste von Dr. jur. Robert Faber, Herausgeber der Magdeburger Zeitung und Ehrenpräsidenten des Vereins deutscher Zeitungsverleger statt. Die Festschlichtung Franzonia-Baum hatte zu dem Begräbnis ihres alten Herrn eine Abordnung in Wägen mit Banner entsandt. Unter den Trauergeleiteten befanden sich u. a. Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, als Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Presse Richter, Regierungspräsident Hohlmann und Vertreter des Magistrats.

Doktor Kirchner würdigte die Verdienste des Verstorbenen als Familienvater, Mann der Öffentlichkeit und Schrift. Besonders gedachte er der Verdienste Dr. Fabers um das deutsche Zeitungsverwesen, Verdienste auch um das deutsche Vaterland: „In allen seinen Arbeiten, in allen seinen Äußerungen tritt immer wieder seine hohe ideale Auffassung von den Aufgaben der deutschen Zeitung hervor, die für ihn nichts anderes war, als eine moralische Instanz. Wenn die deutsche Presse über die schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre hinweggekommen ist, so ist das zum großen Teil das Verdienst von Dr. Robert Faber.“ Kommerzienrat Dr. Krumbhaar vom Verein deutscher Zeitungsverleger legte seinen Ausführungen den Spruch zugrunde: *patrias inserviendo consuevit*: „In Dir bekannst wir einen wahrhaft guten und edlen Menschen, aber für uns warst Du noch mehr. Du warst uns Führer und Freund. Ein Führer warst Du in wahrhaft deutschem Sinne, zu allem Guten und Schönen, zu deutscher Kultur und deutschem Weien. In Dir haben wir aufgeblickt in Vertrauen und in Verehrung als zu unserem stolzen stürmischen Bannerträger. Du warst unser Stolz und unser Vorbild.“ Kommerzienrat Krumbhaar schloß mit dem Gebührenden, das Vermächtnis Dr. Robert Fabers zu hüten und deuten, die nach uns kommen, getreu zu überliefern. Ein Vertreter der Deutschen Hilfskommission gedachte der unermüdbaren Tätigkeit Dr. Fabers für die Sache der Hilfskommission. — Nach der schlichten Beisehungsfestlichkeit wurde von den Vertretern der Behörden und der Vereine eine Fülle herrlicher Kranz- und Blumenpenden niedergelegt. Die Continental-Telegraphen-Gesellschaft ließ als letzten Gruß des Aufsichtsrates und der Direktion einen Kranz niederlegen als Zeichen der Dankbarkeit für den Vorkämpfer der deutschen Presse.

Gefährdung

der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Zum Leiter der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist nach einer Meldung aus Warschau Bracagnoli in Aussicht genommen. Dieser war der polnische Bevollmächtigte bei den jetzt abgeschlossenen deutsch-polnischen Verhandlungen über die Fragen der Staatsangehörigkeit und der Option. Bracagnoli gehört politisch zu der polnischen Nationaldemokratie. Wenn er jetzt auf polnischer Seite die wirtschaftlichen Verhandlungen führen soll, so würde das als ein Beweis dafür angesehen werden können, daß die Warschauer Regierung die deutsch-polnischen Verhandlungen noch mehr unter dem Gesichtswinkel des spezifischen polnischen Nationalismus betrachtet. Sollte Bracagnoli wirklich zum Verhandlungsführer ernannt werden, so wäre von ihm kaum eine besondere Förderung der deutsch-polnischen Verhandlungen zu erwarten.

Gerichtssaal.

Ein unzustehbarer gemeinschaftlicher Spießbube stand am Mittwoch vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden. Es war dies der 1898 zu Wülbitz bei Großenhain geborene, schon oft und erheblich vorbestrafte Handarbeiter Alfred Kurt Gante, der für eine große Anzahl teilweise raffinierter Einbrüche und Gelegenheitsdiebstähle, herab in den verschiedensten Gegenden Sachsens, als Täter in Frage kommt. Zur Aburteilung waren sechs Einzelfälle, begangen in Dresden und Großenhain, angelegt. Es handelte sich durchwegs um Einbrüche oder Gelegenheits-

diebstähle, begangen als Bauschere beim Ringelbader. Da Gante mit beifolgender Dreifaltigkeit leugnet und Beugen durchweg frech entgegen zu treten verliert, so mußte das Gericht in eine umfangreiche Beweiserhebung eintreten, um die sechs verschiedenen Fälle zu klären. Zu diesem Zwecke waren 22 Beugen und Kriminalinspektor Birnstengel vom Erkennungsdienst des Dresdner Volkspolizeibüros als Sachverständiger vorgeladen. Die Bekohlenen in den zur Aburteilung angelegten Fällen waren Verionen, beim Familien aller Kreise, die alle hart getroffen worden sind. In Beute nahm Gante mit, was ihm gerade geeignet erschien. Glaube er in einer Wohnung niemand anzutreffen, dann drang der geriebene Spießbube in die Räume und raufte Schmuckstücke, Wäsche, Kleidungsstücke zusammen, ja er selgte beifolgende auch für Schreibmaschinen und andere Dinge Interesse, oder ließ auch eine ganze Brautwäschekausstattung mitgehen, wie aus Maderbeul feinerzeit berichtet worden ist. So war Gante Anfang Juli in einer Wohnung auf der Wülfenstraße getroffen worden, trotz hinter eine Kleiderablage, als die aus dem Wäschhaus zurückkehrende Wohnungsinhaberin plötzlich erschien, jedoch diese nur die Füße hervorzog und erschreckt die Nachbarsleute alarmierte. Man nahm dem Spießbuben die Beute ab und ließ selbigen wegen seiner lebendlichen Betteile laufen. Nach langer Verhandlungsdauer wurde der Angeklagte unter Verlegung mildernder Umstände zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, auch geht er fünf Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig. Als Gante durch die Justizwachmeister wieder abgeführt wurde, erging er sich in allerlei Drohungen und Schimpfereien, er erklärte, sich aufzuhängen, und andererseits wollte er die Beugen meinelbig machen und alles verheuen, was ihm unter die Hände komme.

Eine sensationelle „Hexengeschichte“.

Eine Dresdner Korrespondenz, welche die volle Verantwortung übernimmt, verbreitet den nachfolgenden Bericht: Bei der Staatsanwaltschaft Dresden läuft gegenwärtig eine größere Untersuchungssache wegen des letzten Scheunenbrandes im Rittergut Freital-Burg. Das Schadenfeuer war von einem Fürsorgegehilfen Alfred Schmidt verursacht worden. Der von der eigenen Mutter als ganz verloren bezeichnete Fürsorgegehilfe besuchte die in der Untersuchungssache den 25 Jahre alten Sohn des vormaligen Wärters, die Anregung zur Brandlegung gegeben zu haben, der aber wiederum nachdrücklich eine solche Schandtat entschieden in Abrede stellt. Die von Staatsanwalt Dr. Lanowien geführte Untersuchung dürfte sicherlich rechtliche Klarheit bringen. Der vormalige Wächter hatte den bis 1928 laufenden Vertrag nach freundschaftlicher Uebereinkunft im vergangenen Frühjahr vorzeitig aufgegeben. Kammerherr von Burg verpackete das Rittergut daraufhin an die Stadtgemeinde Freital, die bereits Eigentümerin des Rittergutes Poltschappel ist, mit der Verwaltung und Bewirtschaftung des Burggutes Rittergutes wurde der vormalige Schirmmeister des Rittergutes Poltschappel, der zum Inspektor ernannte Genosse Börner betraut. Wie aus Zeitungsberichten bereits ersichtlich geworden ist, kamen anlässlich des Scheunenbrandes und vornehmlich durch die schweren Ausschuldigungen des Fürsorgegehilfen Schmidt recht unliebbare Dinge zur weiteren Kenntnis der Öffentlichkeit und Behörden. So sollten die vormaligen, in jeder Beziehung hochachtbaren Wärtersleute, die ein Menschenalter in der Landwirtschaft Rittergutes geleitet, während des letzten Sommers im Rittergute Burg die Mutter und das Vieh verbergt haben. Inspektor Börner und seine Frau holten aus der Wägen-Inspektur Gegen einen Geistesbeschwörer herbei, der unter den üblichen Pokuspolen im Rittergute Burg die angeblich bestehenden Verbindungen mit Hexen, bösen Geistern und dem Teufel gelockt hat. Obgleich der Tierarzt die jetzigen Bewirtschafter des Rittergutes vor solch ungläublichen Unsinns gewarnt, waren diese nicht abzurufen. Diese Hexengeschichten aus dem Rittergute Burg erregten gerade in jener Zeit das größte Aufsehen. Inzwischen sind aber noch ganz andere Dinge bekannt geworden, die ein großes Schlaglicht auf die Inspektorsleute Börner werfen. Im Rittergut Poltschappel, dessen Felder durch die fortschreitende Bebauung arg zusammengeschumpft sind, hat man schon seit Jahren eine Anzahl Wohnungen eingebaut. Eine derselben hat ein in den landwirtschaftlichen Kreisen ganz Sachsens bekannter und hochgeschätzter Baumeister inne, der seinerseits bereits vor drei Jahren von dem damaligen Schirmmeisters, jetzt Inspektorsleuten Börner auch besichtigt worden ist, das Vieh verbergt zu haben. Aber nicht nur der betreffende Mieter, der heute noch in niederrätiger Weise als Genosse bezeichnet wird, war in einen derartigen Verdacht geraten, sondern man legte noch ganz andere Hexengeschichten in Umlauf. Als die Rube des Rittergutes Poltschappel (vermutlich infolge Wechsels der Futtertröpfe?) einmal im Wälfhertrag nachließen, da sollten Hexen im Spiele sein. Mittels Strohhalm über einen am Rittergute befindlichen Park hinweg — so behaupteten der damalige Schirmmeister Börner und seine Frau — sei den Rube die Milch entzogen und einer Gattinwirtschaft zugeführt worden. Um diese Hexengeschichten auszurufen, wurde zu jener Zeit ein Geistesbeschwörer aus dem Erzgebirge herbeigeholt, der die merkwürdigsten Formeln usw. gesprochen und Kreuze angebracht, um die bösen Geister zu bannen, die Verbindungen mit Hexen zu lösen. Wenn man hier auf der einen Seite in Betracht zieht, daß gerade Inspektor Börner keine Gelegenheit verpasst, um als freiwillig gesinnter Mann, als überzeugter Genosse in Erscheinung zu treten, dann erscheint es unfassbar, wie ein solches Ehepaar auf der anderen Seite noch an das Vorhandensein von Hexen, bösen Geistern usw. glauben kann. Aber noch ganz andere Dinge sind es, die anlässlich des großen Schadenfeuers in weitestem Maße die Öffentlichkeit interessieren. Die Stadtgemeinde Freital ist betroffen in jeder Richtung Vorbildliche zu leisten. Man wollte auch in landwirtschaftlicher Beziehung einen Mutterbetrieb schaffen. Der dazu bestellte vormalige Knecht, dann Schirmmeister und jetzige Inspektor Börner und dessen Frau dürften bestimmt nicht die richtigen Personen sein. Schon vor drei Jahren im Rittergute Poltschappel bis vor wenigen Wochen im Rittergute Burg waren in den Milchbetrieben unter Frau Börners Leitung ganz ungläubliche Schumpereien zu beobachten, wie jederzeit unter Eid an Gerichtsstelle erklärt und bezeugt werden kann. Auf den Wägen des Rittergutes Poltschappel lagerten am gestrigen Mittwoch noch die verschiedensten Roggenbestände aus der vorjährigen Ernte, völlig von Matten- und Mähdrecker sowie anderen Schmutz durchsetzt. Seit mehreren Jahren liegen sogenannte Ueberdöhen auf den Wägen, die jeder andere Landwirt für Futterzwecke längst verwertet haben würde, aber die man dann wenigstens an Kleintierfutter verdenken konnte, als selbige verderben zu lassen. In jeder Zeit kann unter Eid an Gerichtsstelle bezeugt werden, daß der vorgenannte Inspektor schon vor langer, langer Zeit geäußert: „er habe die Brüder alle im Saße, die waschen sich alle die Hände drinn usw.“ Wenn nun gegen diese nicht als muttergültig zu beziehende Wirtschaftsmethode und gegen die Geflogenheiten beispielsweise im Milchbetriebe von den Bewohnern des Rittergutes Poltschappel oder von den vormaligen Wärtersleuten des Rittergutes Burg wirklich sachmännliche Vatschläge erteilt, wegen des Hexenglaubens widerprochen oder in Bezug auf die großen Schmutzereien im Milchbetriebe kritische Worte geäußert, dann ergingen sich die Inspektorsleute traut ihres Postens und weil der Gemann behauptet, maßgebende Personen im Saße zu haben,

der ungeduldeten Schimpereien und Schmähungen. Rechtsanwalt Dr. Bittich-Dresden, der die Vertretung des verhöhligen Wärters übernommen, hat ein umfangreiches Material zusammengetragen, um nachzuweisen, daß eine in der Cafeteria geflossene Neuerung, daß im Rittergute Burg keine Land- sondern eine Schandwirtschaft getrieben werde, nicht bloß als eine sogenannte vermeintliche Hebung des Sohnes des vormaligen Wärters oder gar als eine Drohung mit späterer Brandklistung aufzufassen ist. Man darf jedenfalls gespannt sein, wie sich einmal die Untersuchung bezüglich der Entdeckung des Schadenfeuers verlaufen wird, und andererseits muß die Stadtverwaltung ganz entschieden eine Aenderung in der bisherigen Bewirtschaftung herbeiführen und auch ihrerseits volle Klarheit schaffen, und zwar ohne Ansehung der Parteigebhörigkeit. Was sich bisher in dem der Stadt Freital eigentümlich gehörigen Rittergute Poltschappel und in dem seit Frühjahr gepachteten Rittergut Burg ereignet und ausgetragen, das kann niemand gut heißen und billigen. Und Staats- oder städtische Betriebe sollen als Mutter, als Vorbild dienen und ganz besonders aber, wenn es sich um landwirtschaftliche Unternehmungen wie im freiwillig gesinnten Freital handelt, wo gerade die Landwirtschaft ganz allgemein angefeindet, ja oft bekämpft wird.

Prozess Hoffmann und Genossen.

(Weißta. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Verhandlung gegen Hoffmann und Genossen erklärt Angeklagter Manfred v. Killinger, er sei von Ehrhardt, den er zufällig in München traf, gefragt worden, ob er sich national betätigen wolle, und habe darauf zugestimmt, im nationalen Sinne zur Beeinflussung der Presse und geeigneter Verbände tätig zu sein. Er habe dann in dieser Richtung gearbeitet. Von der Gründung des Weimarer Bundes wisse er nichts. Der Vorsitzende verliest aus den Akten die Sitzungen des Weimarer Bundes, die in vielen Fällen mit den Sitzungen der späteren D. G. übereinstimmen. Angeklagter Kauter behauptet, solche Sitzungen nicht zu kennen, es handele sich vielleicht um einen Entwurf betreffend die Gründung der D. G. Auf weiteres Befragen sagte der Angeklagte aus, mit Consul sei Kapitän Ehrhardt gemeint, dessen Namen Unbekanntes nicht bekannt werden sollte. Angeklagter Hoffmann, vom Vorsitzenden über die Ziele der D. G. befragt, gab zunächst die Absicht einer Verdringung der „antinationalen Weimarer Verfassung“ zu und sagte aus, die früheren Angehörigen der Brigade Ehrhardt hätten nach Erfüllung ihrer militärischen Aufgabe weiter zusammengeblieben und sich national betätigen wollen. Der Ausdruck „antinationale Weimarer Verfassung“ sei so zu verstehen, daß die Weimarer Verfassung den nationalen Bedürfnissen nicht entspreche. Die Form, in der dieser Gedanke ausgedrückt war, habe keine definitive sein sollen. Die endgültige Satzung habe später festgelegt werden sollen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob in der Bezeichnung antinational nicht eine Untergrabung der Staatsautorität liege, erwidert der Angeklagte, diese Gefahr liege nicht vor, wenn man eine solche Kritik in aller Öffentlichkeit äße. Der Satzungsentwurf sei nur einem kleinen Teil der Ortsgruppenleiter mitgeteilt worden, die endgültige Beratung sollte am 15. September vor sich gehen. Die Drohung mit der Gemeinverrat der Ziele der Organisation sei als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bontott verstanden worden. Angeklagter v. Killinger erklärt, die Sitzungen gemeinsam mit Kauter entworfen zu haben und schließt sich im übrigen den Aussagen Hoffmanns an. Angeklagter Müller bemerkt, die Forderung unbedingten Gehorsams sei nur für die militärische Abteilung gestellt worden, bezöge sich aber nicht auf die politischen Ziele. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Bloch erwidert der Angeklagte Hoffmann, er habe im Juni 1921 die D. G. gegründet. Die endgültige Konstituierung und die Feststellung der Satzungen habe erst am 15. September 1921 erfolgen sollen.

Rechtsanwalt Luetgebrune betont, im Sommer 1921 habe sich die D. G. noch im Gründungsstadium befunden, sei also noch nicht gegründet gewesen. Auf die weitere Frage des Rechtsanwalts Luetgebrune, ob bereits im Sommer 1921 nach den vorliegenden Satzungen verfahren, ob jemals irgendeine Bestimmung derselben praktisch angewendet worden sei, erwidert Angeklagter Hoffmann, eine allgemeine Anwendung, die Mitglieder auf diese Satzungen zu verpflichten, sei nicht ergangen, es sei aber wohl möglich, daß einzelne Stellen bereits nach diesem Satzungsentwurf verfahren hätten.

Angeklagter Kauter bemerkt, die Einteilung der D. G. in drei Abteilungen (Allgemeine, militärische und Presseabteilung) habe lange vor dem Eintritt Hoffmanns, v. Killingers und Kauters bestanden. Rechtsanwalt Dr. Saß stellt durch Befragen der Angeklagten von Killinger, Müller, Kauter und Hoffmann fest, daß die Satzungen bereits für die obersteinstufige Organisation bestanden hätten und von den Angeklagten übernommen worden seien, die ihnen einen allgemeinen Teil voranstellten. Auf die Frage des Vorsitzenden nach der Geheimhaltung bemerkt Hoffmann, eine solche sei notwendig gewesen, weil bei den damaligen politischen Verhältnissen auf andere Weise die Geheimhaltung nicht möglich gewesen wäre.

Es entspringt sich eine lebhafteste Erörterung über die Frage, ob die Satzungen bereits Gültigkeit hatten oder nur entworfen waren. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß die im Juni bis Juli 1921 bestehende Arbeitsgemeinschaft die im Satzungsentwurf enthaltenen politischen Ziele noch nicht hatte, während der Vertreter der Anklage die Ansicht vertritt, daß dies durchaus der Fall gewesen sei. Die Verteidigung stellt einen hierauf bezüglichen Beweis an.

Ein Beschluß wird nicht verfaßt, da es sich um einen Quantitätsantrag gehandelt hätte. Die Verhandlung wendet sich nun zur Auflösung der D. G. Eine Reihe von Mitgliedslisten, Killinger, Hoffmann, Kauter, Müller und Henrich, wurden am 12. September 1921 verhaftet, weil sie der Beihilfe zur Ermordung Erbergers verdächtig waren.

Angeklagter Hoffmann erklärt, mit seiner Behauptung aus diesem Anlaß und der Beschuldigung der gesamten Akten der D. G. sei die Organisation für ihn erledigt gewesen. Er habe angenommen, daß sie zusammengebrochen war. Angeklagter Viebig, der verschiedene Kameraden der ehemaligen zweiten Marinebrigade von Hauszungen genannt hat, sagt ebenfalls aus, nach der Verhaftung der Führer hätte die D. G. nicht mehr bestanden. Die ehemaligen Kameraden hätten nur noch zusammengehalten, wie dies schon vorher der Fall gewesen sei.

Der Vorsitzende verliest einige weitere Briefe, die beweisen sollen, daß die D. G. auch weiterhin bestanden habe. Angeklagter Hoffmann erklärt, dies beweise nur, daß am einzelnen Orte die Kameraden einen Zusammenschluß erstrebten. Er selbst habe als Leiter nichts damit zu tun gehabt, zumal er sich in Untersuchungshaft befunden habe. Der Angeklagte Hoffmann schreibt dann die Gründung des Reichsdeutschen Bundes. Er habe nach seiner Haftentlassung den Gedanken gefaßt, alle national gesinnten Volksschichten in diesem Bunde zusammenzufassen. Der Bund sei am 1. ins Vereinsregister eingetragen worden; positive Arbeit sei jedoch nicht zustande gekommen. Namentlich sollte der Bund nicht dazu dienen, die Beziehungen zur D. G. wieder anzuknüpfen und deren Ziele

Kunst und Wissenschaft.

Der Abbau der Universitäten in Sowjetrußland. Aus Moskau wird uns gemeldet, daß die Sowjetregierung eine neuerliche Revision der höheren Unterrichtsanstalten vornimmt. Es besteht die Absicht, die Hälfte der Provinzuniversitäten zu sperren. In Moskau bleibt bloß die erste Staatsuniversität und die Swerdlowski-Universität bestehen. Die Petersburger Staatsuniversität, die unter der Heberschwemmung stark gelitten hat, wird höchstwahrscheinlich geschlossen. Die Arbeiteruniversitäten die den sperrenden Universitäten angegliedert sind, werden jedoch erhalten. **Richard Strauß in Dresden.** Richard Strauß ist in Dresden eingetroffen, um an den letzten Vorbereitungen zur Uraufführung des „Intermezzo“ in der Staatsoper teilzunehmen.

Bücherchau.

Die Deutsche Familie. Halbmonatsschrift mit Bildern. Geleitet von Josef Vos. Verlagsanstalt Everts. Innsbruck-Wien-München. Bezugspreis vierteljährlich sechs (sechs) RM. 1.50. Die neue Zeitschrift präsentiert sich in äußerst schmuckem Gewande. Schon die Umschlaggestaltung des Innsbrucker Malers Hugo Grimm ist in Idee und Ausführung eine hochwertige künstlerische Leistung, frei von jeder Schablone. Ansprechend und stimmungsvoll ist auch die übrige Bildschmuck: Altmeister Schwind und der schwedische Maler Carl Larsson, der sympathische Verfasser des prächtigen Buches „Das Haus in der Sonne“ — sind mit ausgezeichneten Reproduktionen vertreten. Der Text entspricht durchaus dem Rahmen. So zeigt schon die erste Nummer, daß die „Deutsche Familie“ auf dem besten Wege ist, sich die Herzen aller Volksgenossen zu erobern und Licht und Freude ins deutsche Heim zu tragen.

Messungen der meteor. Station 421 (Oberrealschule Riesa).

22. Okt. kein Niederschlag.
23. Okt.: 22,2 mm.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Großhandelsrichtzahl. Die auf den Etichtag des 21. Oktober berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 14. Oktober (1922) einen weiteren Rückgang um 0,8 v. H. auf 131,1. Gefallen sind vor allem die Preise von Brotgetreide, Kartoffeln,

Rucker sowie von Baumwolle, Baumwollgarri und -Gewebe. Höher lagen dagegen die Preise namentlich von Fleisch und Fetten sowie der Metalle. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 130,7 auf 129,1 oder um 1,2 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 122,0 auf 119,5 oder um 2,0 v. H., ferner die Industriestoffe von 135,1 auf 134,8 oder um 0,2 v. H. Die Gruppe Rohle und Eisen war mit 121,9 unverändert. Die Inlandswaren gaben von 126,4 auf 125,1 oder um 1 v. H. und die Einfuhrwaren von 161,5 auf 160,7 oder um 0,5 v. H. nach.

Au der Berliner Börse konnte sich auf dem Effektenmarkt am Mittwoch kein nennenswertes Geschäft entwickeln. Sehr still lag der Rentenmarkt, auf dem Umlage überaus gering waren. Prozentige Kriegsanleihe gab zum Schluss der Börse bis 525 Milliarden Prozent nach. 3/4-prozentige preussische Konsole, die im Laufe der ersten Börsentendenzen bis zu 1475 Milliarden Prozent gehandelt wurden, gingen schließlich bis auf 1387,5 Milliarden Prozent zurück. Ungarische Werte konnten sich behaupten. Auf dem Montanmarkt zogen nur Bauxiten um 1/4 Prozent an. Im übrigen blieben die Kurse den gestrigen gleich oder schwächten sich eine Kleinigkeit ab. Der Satz für tägliches Geld blieb bei 1/2 bis 3/4 pro Mille. Am Devisenmarkt wurden besonders Holland und England beachtet. — Die **Produktionspreise** blieben auf allen Gebieten nach wie vor flau. Die Kauflust auf dem Getreide- und Mehlmarkt ist gering. Die Kurse befestigten sich nicht, obwohl aus Amerika Nachrichten vom Steigen der Vrotgetreidepreise vorlagen.

Schluss der Siedener Ausstellung. Am Sonntag, den 19. ds. Mts. ist die Eisenbahntechnische Ausstellung in Berlin-Sieddin geschlossen worden. Bis zum letzten Tage waren die Ausstellungshallen und das Gelände stark besucht. Insgesamt sind mehr als dreihunderttausend Besucher in Sieddin gewesen, darunter sehr viele Ausländer. Die ungewöhnlich rege Anteilnahme hat gezeigt, wie vollständig die Eisenbahn und namentlich die Lokomotive bei uns ist. Zu dem Erfolge, den die Veranstalter, nämlich der Verein Deutscher Ingenieure und die Deutsche Reichsbahn, zu verzeichnen haben, wird zweifellos ein nachhaltiger Einfluss auf die weitere Ausgestaltung unseres Eisenbahnverkehrs wesen kann, dessen Größe man s. Bt. noch nicht überschauen kann.

Eine **Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer** braucht trotz der Auslösung des Reichstages nicht verschoben zu werden. Die „B. Z.“ macht darauf aufmerksam, daß dem Reichsfinanzminister durch das Kapitalverkehrssteuergesetz die Ermäßigung erteilt worden ist, den Kundenstempel für Dividendenwerte bis auf 3 v. T. den Vorkursstempel bis auf 1/2 v. T. herabzusetzen. Bei den Beratungen im Reichstag hat der Finanzminister seinerzeit anerkannt, daß diese Ermäßigung nicht bloß ein Recht, sondern auch eine Pflicht des Reichsfinanzministeriums darstelle und daß die Herabsetzung erfolgen müsse, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern.

Kreditbewegung als Vermögensfrage. — Die **Wichtigste** Frage des Reichsgesetzes zur Finanzierung der Vermögensfrage, die als Kreditbewegung angesehen werden können, ist vom 1. Straßensatz des Reichsgerichts prinzipiell bejahend entschieden worden, wenigstens das Reichsgericht in der zur Aburteilung stehenden Sache die Entscheidung der Vorinstanz auf die Revision des Angeklagten aufgehoben hat. Zur Verhandlung stand eine Klage gegen einen Münchener Kaufmann, der bei der Gewährung von Krediten zum Teil ungewöhnliche Voraussetzungen gestellt hatte. Hierin hatte die Vorinstanz einen Vermögenswucher erblickt, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß auch Kreditgeschäfte als Leistungen im Sinne der Preistreibereiverordnung anzusehen seien, so daß der Tatbestand des Wuchers ohne Rücksicht darauf gegeben sei, ob der Kreditnehmer aus Notlage oder Verdrüssung gehandelt hat. In der Verhandlung vor dem Reichsgericht vertrat die beiden Rechtsanwälte Dr. Alberg (Berlin) und Dr. Wassermann (München) die Auffassung, daß schon die Entstehungsgeschichte der Vermögenswucherbestimmung gegen ihre Anwendbarkeit auf Kreditgeschäfte spräche. Man habe bei dieser Vorschrift, wie auch in der Begründung der Verordnung zum Ausdruck gekommen sei, an Leistungen rein persönlicher Art gedacht und mit den ungeschwänglichen Ansprüchen von Dienstmannern und Beamten in der Instanzzeit eine solche Bestimmung zu rechtfertigen gesucht. Ihre Anwendung auf Kreditgeschäfte würde eine heftige Rechtsunsicherheit zur Folge haben, zumal die Voraussetzungen, von denen das Gesetz die Bestimmung eines Vermögenswuchers abhängig mache, wohl für primitive einfache Leistungen paßt, nicht aber für die komplizierten Vorgänge, unter denen sich das Kreditgeschäft abspiele. Auch die Berechnungsmethode, wie sie vom Reichsgericht für das Preistreibereiverbot geschaffen sei, passe in keiner Weise für die Nachprüfung der Zinsfüße beim Kreditgeschäft. Das Reichsgericht stelle sich trotzdem auf den Standpunkt, daß die weite Fassung der Vermögenswucherbestimmung der Kreditgeschäfte bei geschäftlichen Leistungen erwidliche. Kreditrichte die Sache nicht so einfach machen. Der Reichsgericht sei unter dem Eindruck der Verhandlung zur erneuten Verhandlung Rechtsprechung müsse besondere Gründe die Angemessenheit der Zins zu bestimmen sei, und hierfür die Entscheidung des Reichsgerichts zur eine gewisse Anlehnung. In der Begründung, die in Kürze zu erörtern die prinzipiellen Gesichtspunkte e wie der erste Straßensatz die Klagen auf die Frage der Unangemessenheit der Vergütung für richtig erachtet.



Gebrauche Ata

- und im Haus sieht'stets bei dir wie Sonntag aus!

(ATA-Heizöl-Putz- und Scheuermittel)

Amtliches.

Infolge Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Pommern, Amtshauptmannschaft Döbbs, wird der Ort Forberge mit Rittergut Gröba als Beobachtungsgebiet erklärt. Die einschlägenden Bestimmungen der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz sind zu beachten.

Großenhain, am 22. Oktober 1924.
765 P.
Die Amtshauptmannschaft.

Freitag, den 24. Oktober 1924, mittags 12 Uhr, sollen in der Kantine Fink, Lager Zeitvain, mehrere Tausend Stangen veräußert werden. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Nach Inkrafttreten der neuen Reichsmark-Währung führen wir für unsere Kunden die bisherigen Bill.-Mark- oder Rentenmark-Konten fortan nur noch als Reichsmark-Konten. Wir werden daher bei Kunden, welche nur eines dieser Konten haben, dies fortan als Reichsmark-Konto führen, bei Kunden, welche sowohl Bill.-Mark- als auch Rentenmark-Konten haben, werden wir die Konten zu einem Reichsmark-Konto vereinen. Die Berechnung der Zinsen erfolgt in der Reichsmark-Stapel mit Rückwirkung vom letzten Abschlußtage.

Wechsel und Schecks bitten wir, fortan nur noch in Reichsmark (RM) auszustellen. Bislang in Bill.-Mark oder in Rentenmark ausgestellte Wechsel und Schecks werden wir über Reichsmark lautend annehmen.

In unserem Kasernenverkehr sowie bei laufenden Abmachungen über feste Gelder, Kupon oder dergl. werden wir Geldwechsel, Noten und Währungsabreden über Bill.-Mark oder Rentenmark als Reichsmark behandeln.

In unserem Geschäftsverkehr kommt die Entwertungsklausel künftig in Fortfall.

Riesa, den 23. Oktober 1924.

Rieser Bank Akt.-Ges. Commerz- und Privat-Bank A.-G. Allgemeine Deutsche Credit-Anst.
zu Riesa. Filiale Riesa. Filiale Riesa.

Vertreter und Großhändler
gesucht bei hoher Vergütung.
Feinstofffabrik W. Popp & Co.
Dresden-N., Freiberger Str. 2.

Kaufe Landwirtschaft
40 bis 75 Hektar groß, möglichst gute Gebäude, bei voller Auszahlung. Ausführliche Angebote mit äußerster Preisangabe, unter Berücksichtigung der Barauszahlung, erbitte umgehend.
W. Dietrich, Kaufmann bei Ortrand.
— Vermittlung erwünscht. —

Zugelaufen
langhaariger br. Jagdhund ohne Steuermark. Richter, Hst. Röderau. Ja. Kaufmann sucht sofort Nähe Landhammer-Büro möbl. Zimmer.
Off. u. P. 1731 an Tabl. Riesa.

2 leere Zimmer
von ledigen Beamten zu mieten gesucht. Angeb. u. G. 1732 an das Tabl. Riesa.

Zwei gutmöbl. Zimmer
in ganz od. geteilt, s. verm. zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Laden
in verkehrsreicher Gegend per sofort zu mieten gesucht. Angeb. unt. K. 1741 an das Tageblatt Riesa.

Aufwartung
(Schulfrei) für den ganzen Tag gesucht.
Rechtsanwalt Dr. Wackel
Bismarckstraße 31.

Junge Stenotypistin
zum sofortigen Eintritt gesucht. Vorstellung vormittags 11-12 Uhr.
Elbstr. 1, d. L. Fernruf 621.

Anabe, welcher Lust hat Sattler
zu werden, findet Ostern 1925 gute Lehrstelle unter günstigen Bedingungen.
Paul Böhm, Sattlermeister, Kzeinitz.

1 Brenner
sucht Döberitz, Röderau.

10 Bringmaschinen
und Wägen billig zu verk.
V. Winkler, Hauptstr. 73.

Elektrische Radlampen
Taschenlampen 1.50
Batterien zu verkaufen.
P. Winkler, Hauptstr. 73.

Trockenes Brennholz
in Scheiten und Rollen liefern billigst
Robert Hauswald & Co.
Fernruf 131.

Rotwein- und Cognac-Flaschen
kauft **Richard Boden**
Küchenschrank- und Weinhandlung.
Fernruf 172.

Stab-Parkettboden
besser und billiger als Belag, speziell auf alte, abgenutzte Dielen, liefert und verlegt
Döbeline Parkettfabrik
Julius Gröbler, Döbela
Am Bahnhof. Telefon 275.

Feinste fette Safermaist-Gänse
empfiehlt
Clemens Bürger.
Man verlange stets **Wadeberger Gänse** Weichensthan-Weier

Ich bin befreit
von allen Hautunreinheiten und Hautausschlägen, wie Finnen, Pickeln, Hautrötungen usw. durch **W. Winkler, Hauptstr. 73.**

Rohe und geröstete Kaffees
kaufen Sie stets frisch und preiswert bei **W. Winkler, Hauptstr. 73.**
Schneller Umsatz — Kleiner Ru

Roschlächtere Riesa
Schäufelstraße 19
empf. prima fettes Fleisch, hochf. Wurstwaren und Wollschinken.
Otto Wundermann, telefon 273.

Lack-Vertretter!
Leistungsfähige Firma der Farbenbranche sucht für Ost- und Westpreußen zum ausschließlichen Vertretung einen tüchtigen Industriellen und Handwerker. Bewerber müssen bei der in Frage kommenden Branche tätig sein. Gest. Angebote an **Ala-Hausenstein & Co.** Dresden.

Fahrrad-Karbidlampen 3.80
auf. Qualitäten
P. Winkler, Hauptstr. 73.
Sehr preiswert!
Barchentbettücher
vom Stück und abgepaßt.
Etage-N. Säbuel
geschäft
Hauptstr. 25 (Klempner-Sole) am Albertplatz.

Sonderdruck
vom **Fahrplan** der städtischen **Kraft-Omnibus**
Verkehrs
künftig in der **Tageblatt-**
Geschäftsstelle Gostestr. 53

Frische grüne Serringe
eingetroffen
Pflanzen
empfiehlt
Nicolaus Gutmann
Hauptstraße 44.

Empfehle die bekannten **prima Schweinstöpfe**
frisch ger. Zerk u. Rauchfleisch, Schmalz, Parmis, Margarine, Eier, gute Butter, Nale u. Schottenberinas alles s. niedrigsten Preisen.
Paul Schautschik
Wettinerstr. 5
neben Café Central.

Achtung!
Wa. fett. Schweinstopf
vollständig ohne Knochen
Bündel nur 50 Pfg.
Nieler Wollweibhüdinge
täglich frisch, Wd. 45 Pfg.
empfiehlt

Herm. Modler
Schulstraße 3.
Lebende Karpfen lebende Schiefe frische Seefische
empfiehlt
Clemens Bürger.

Einige neue **Herrenräder**
zu herabgesetzten Preisen zu verk.
P. Winkler, Hauptstr. 73.
Guterh. Vertiko u. Anrichtotisch
verkauft billig
Schulstraße 3, p.